

Hinter der Fassade

RECHTSPOPULISTISCHE
STRATEGIEN UND
ARGUMENTATIONSMUSTER

EDITORIAL

Liebe Leserin,
Lieber Leser,

Rechtspopulistische Parteien geben sich einen bürgerlichen Anstrich. Sie formulieren ihre Forderungen und Parolen bewusst so, dass sie harmlos klingen. Oft kommen sie uns sogar bekannt vor, weil Rechtspopulist/innen gezielt an bereits in der Gesellschaft verbreitete Stimmungen anknüpfen. Was steckt hinter dieser Fassade? Diese Broschüre zeigt auf, dass dahinter eine Strategie steckt, die unsere offene Gesellschaft angreift.

Während der Arbeit an den folgenden Texten wurde uns erneut bewusst, wie dicht gesellschaftliche Stimmungen, rechtspopulistische Parolen und schließlich die Abwertung von Menschengruppen beieinander liegen. Wer hinter die Fassade von Rechtspopulist/innen blickt, schaut manchmal auch auf eigene Wertvorstellungen. Die Erfolge von rechtspopulistischen Parteien fordern uns heraus: Wir sind aufgefordert, Position zu beziehen.

Wir möchten Sie mit dieser Broschüre einladen, gemeinsam mit uns für eine weiterhin offene Gesellschaft zu streiten.

Wir hoffen, die folgenden Seiten sind Ihnen dabei hilfreich.

Ihr Team von

**pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung
in Bremen und Bremerhaven**

WAS IST RECHTSPOPULISMUS?

Einführung Definition und Verortung von Rechtspopulismus	6
Interview mit Madlen Preuß und Denis van de Wetering	10

ANTI-ESTABLISHMENT

Einführung Das Establishment als Feindbild	14
Stichwort Regulierungswut	14
Essay Wir gegen die Anderen	16

GLEICHSTELLUNGS- & FAMILIENPOLITIK

Einführung Rechte Familienpolitik	20
Stichwort Biologismus	20

MIGRATIONS- & ASYLPOLITIK

Einführung Stimmungsmache gegen Zuwanderung	24
Stichwort Identität	24
Interview mit Natascha Zaun	26

FEINDBILDER & VORURTEILE

Einführung Lieblingsfeind: Der Islam	30
Stichwort Antiziganismus	30
Interview mit Wolfgang Benz	32

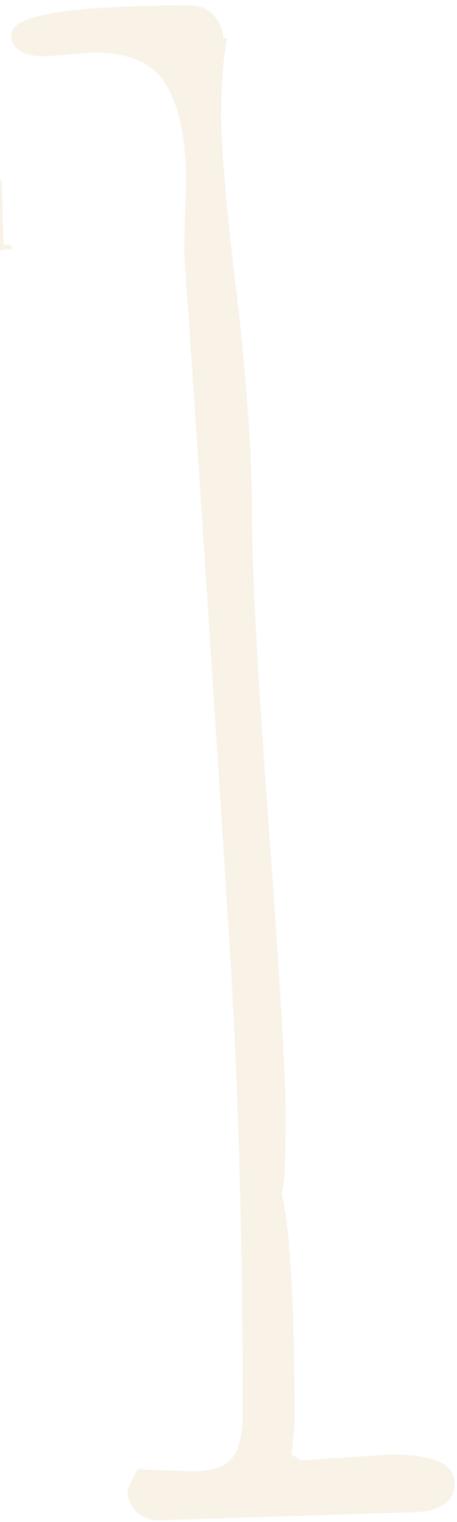
INNERE SICHERHEIT

Einführung Rechtspopulistische Sicherheitspolitik	36
Interview mit Dr. Joachim Häfele	38
Essay Fürchtet Euch	40

ABWERTUNG VON ARBEITSLSEN

Einführung Wie Rechtspopulist/innen über Arbeitslose sprechen	45
Stichwort Vernunft	45

KAPITEL



Was ist Rechts- populismus?

Einführung Definition und Verortung von Rechtspopulismus

Anti-Haltung gegen die pluralistische Gesellschaft

Interview mit Madlen Preuß und Denis van de Wetering

WAS IST RECHTSPOPULISMUS?

DIE GRENZEN DES RECHTSPOPULISMUS SIND IM ALLGEMEINEN SPRACHGEBRAUCH NICHT IMMER SCHARF UMRISSEN UND AUCH IN DER WISSENSCHAFT IST DER BEGRIFF DES POPULISMUS UMSTRITTEN. DENNOCH KANN MAN EINIGE MERKMALE AUSMACHEN, DIE RECHTSPOPULISTISCHEN PARTEIEN UND GRUPPIERUNGEN GEMEIN HABEN.

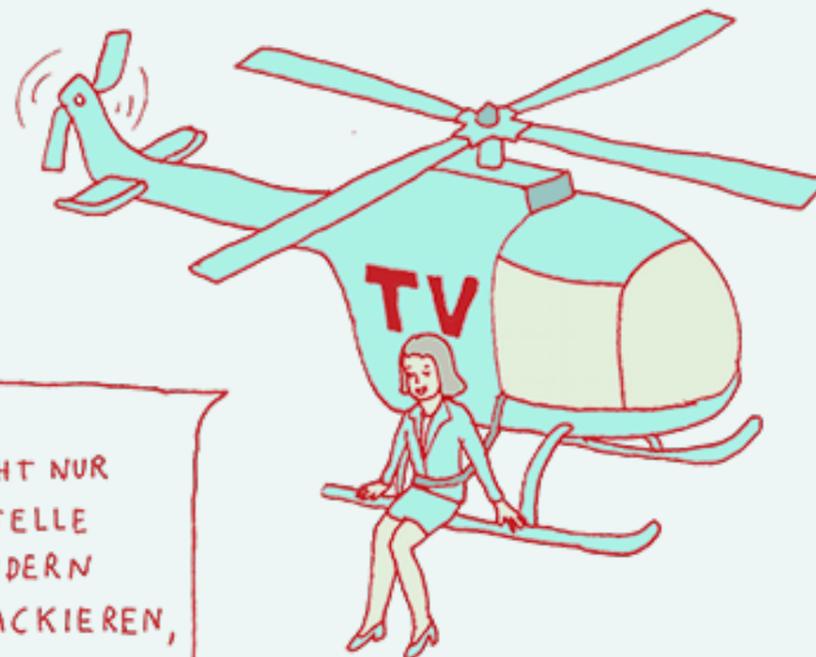
PRO AKTIV GEGEN RECHTS – MOBILE BERATUNG IN BREMEN UND BREMERHAVEN ZEIGT, DASS UNTERSCHIEDE ZU ANDEREN PARTEIEN SOWOHL IM BEREICH DES POLITISCHEN STILS, ALS AUCH BEI DEN INHALTEN FESTGEMACHT WERDEN KÖNNEN.

ARCHITECTS OF SOCIETY

VEREINFACHTE ABGRENZUNG DES RECHTSPOPULISMUS VOM RECHTSEXTREMISMUS UND VOM KLASSISCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEIENSPEKTRUM



FINSTERE PLÄNE:
SIE WOLLEN NICHT NUR DIE GANZE BAUSTELLE ZERSTÖREN, SONDERN AUCH ALLE ATTACKIEREN, DIE NICHT IN IHR WELTBILD PASSEN.



Ein Beitrag von Pit Reinesch

Im allgemeinen Sprachgebrauch, aber auch in der Politikwissenschaft, dient der Begriff Rechtspopulismus der Einordnung einer Gruppe von Parteien, die in vielen europäischen Staaten in den letzten zwanzig Jahren aufgetaucht ist. Diesem Spektrum werden beispielsweise die FPÖ in Österreich, die PVV in den Niederlande oder die Dansk Folkeparti in Dänemark zugerechnet. Auch in Deutschland gab es in den vergangenen zwanzig Jahren mehrere Versuche, rechtspopulistische Parteien zu etablieren. Im Unterschied zu anderen europäischen Parteienfamilien wird der Begriff dabei von keiner der rechtspopulistischen Parteien als Eigenbezeichnung genutzt. Auch untereinander kooperieren nicht alle Parteien dieses Spektrums. So sitzen die rechtspopulistischen Parteien im Europäischen Parlament teilweise in unterschiedlichen Fraktionen oder sie sind fraktionslos.

Als Kern des Stils von rechtspopulistischen Parteien kann die Strategie gesehen werden, sich in politischen Auseinandersetzungen als „Sprachrohr des Volkes“ darzustellen. Dazu gehört sowohl eine Abgrenzung nach oben, das heißt gegen die Politik oder die Politiker/innen, als auch eine Abgrenzung nach außen, gegen Zuwanderer/innen oder andere Minderheiten. Das „einfache Volk“ auf das sich Rechtspopulist/innen beziehen, ist dabei eine Schablone einer homogenen Gesellschaft, die der Komplexität und Vielschichtigkeit der realen Bevölkerung nicht gerecht wird. Die meisten rechtspopulistischen Parteien sind dabei auf charismatische Führungspersonen zugeschnitten, die sich als „Stimme des Volkes“ inszenieren. Auf einem Wahlkampfplakat der FPÖ aus dem Jahr 2008 lassen sich einige dieser Stilelemente exemplarisch wiederfinden. Auf dem Plakat war der FPÖ-Vorsitzende Strache abgebildet, zusammen mit dem Text: „Sie sind gegen ihn, weil er für euch ist“.



In diesem Sinn versuchen sich Rechtspopulist/innen bei Debatten über Sachthemen als Vertreter/innen des „common sense“ gegen die angeblich abgehobene politische Klasse darzustellen. Dieses Ziel wollen sie über die Vereinfachung komplexer Sachverhalte und das Angebot radikaler Lösungen erreichen („Raus aus dem Euro“; „Masseneinwanderung stoppen“). Rechtspopulistische Parteien nutzen dafür verschiedene Strategien, wie den inszenierten Tabubruch, die Emotionalisierung von Themen, verschwörungstheoretische Argumentationen, Schwarz/Weiß-Schemata oder das Erstellen von Feindbildern. Als weiteres Stilmittel von Rechtspopulist/innen kann auch die Darstellung als Opfer von „Political Correctness“ oder „linker Meinungsdictatur“ gesehen werden.

Die Konstruktion von Feindbildern sowie die Abgrenzung nach oben und nach außen spiegelt sich auch bei den Inhalten von rechtspopulistischen Parteien wieder.

Die Inhalte speisen sich aus der Vorstellung, dass das „einfache Volk“ bedroht ist von Kriminalität, Überfremdung oder moralischem Verfall. Dabei gibt es bei den verschiedenen rechtspopulistischen Parteien in Europa unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte, die sich in erster Linie durch die Einbettung in den politischen Kontext auf nationaler Ebene erklären lassen.

Die meisten rechtspopulistischen Parteien sind dabei auf charismatische Führungspersonen zugeschnitten, die sich als „Stimme des Volkes“ inszenieren.

Ein zentraler Inhalt, durch den Rechtspopulist/innen ein Feindbild konstruieren, ist die Ablehnung von Zuwanderung. Damit einhergehen in der Regel die Missbilligung einer multikulturellen Gesellschaft und das Schüren von Ressentiments gegen Minderheiten. In den letzten Jahren steht bei rechtspopulistischen Parteien in Europa vor allem eine antimuslimische Haltung im Vordergrund. Statt eines biologischen Rassismus wie er von traditionellen rechtsradikalen Parteien betrieben wird, kann bei vielen rechtspopulistischen Parteien von einem kulturellen Rassismus gesprochen werden. So ist ein Thema von vielen rechtspopulistischen Parteien eine „schleichende Islamisierung“, die die christlich-abendländische Kultur bedrohe.

Aber auch andere gesellschaftliche Gruppen werden von Rechtspopulist/innen zu Feindbildern gemacht. So wird sozial schwächeren Gruppen, wie etwa Langzeitarbeitslosen, aber auch Asylsuchenden,

unterstellt, den Sozialstaat auf Kosten von rechtschaffenen Bürger/innen auszunutzen. Teilweise verbreiten rechtspopulistische Parteien auch ein extrem konservatives Familienbild. Dies geht zum Einen einher mit der Ablehnung von Rechten für Homosexuelle (wobei die niederländische PVV in diesem Punkt andere Ansichten vertritt). Zum Anderen werden durch selbsternannte „Männerrechtsbewegungen“ antifeministische Positionen vertreten.

Häufig gehört auch die Kriminalitätsbekämpfung zu den Themenfeldern, in denen sich Rechtspopulist/innen betätigen. Dazu bedienen sie sich häufig sogenannter „Law and Order“-Rhetorik, das heißt sie fordern härtere Strafen für Vergehen und mehr Überwachung. Kriminalität wird als Problem dabei häufig durch Emotionalisierung und Zuspitzung künstlich aufgebläht und in Verbindung mit den bereits besprochenen Feindbildern gebracht.

Zu den gängigen Themen von Rechtspopulist/innen zählt darüber hinaus eine Positionierung gegen die Europäische Union.

Rechtspopulist/innen stellen sich als Opfer der „Political Correctness“ dar.

Diese wird als bürokratisches Monster beschrieben oder als korruptes System, das die Bürger/innen entmündigen würde. Diese Haltung dient auch der Abgrenzung nach oben und somit der Selbstdarstellung von Rechtspopulist/innen als Anti-Establishment-Partei. Damit einhergehen auch oft Forderungen nach mehr direkter Demokratie. Rechtspopulist/innen verbinden dabei Volksabstimmungen mit der Hoffnung, mit Kampagnen an vorhandenen Vorurteilen anknüpfen zu können und so ihre Politik

gegen Minderheiten demokratisch legitimieren zu lassen.

Gefahr geht von rechtspopulistischen Parteien nicht nur durch Erfolge an den Wahlen aus. Problematisch ist auch die Verbreitung von rassistischen und diskriminierenden Inhalten mithilfe von populistischen Stilmitteln. Die Übernahme dieser Themen durch Medien oder andere Parteien reproduziert Klischees, die sich gewollt oder ungewollt in den Köpfen festsetzen, und so rechte Inhalte zunehmend den Weg in unreflektierte Haltungen und Einstellungen finden.

ANTI-HALTUNG GEGEN DIE PLURALISTISCHE GESELLSCHAFT

EIN INTERVIEW MIT MADLEN PREUSS UND DENIS VAN DE WETERING

Madlen Preuß und Denis van de Wetering erforschten an der Universität Bielefeld die Verbreitung rechtspopulistischer Orientierungen in Bremen. 2014 stellten sie ihre Studie „Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen“ vor. Pro aktiv gegen rechts fragte bei den Sozialwissenschaftlern nach, woran man Rechtspopulismus erkennt und welche Themen für rechtspopulistische Parteien besonders wichtig sind.

Woran erkennt man Rechtspopulismus?

Rechtspopulismus ist eine strukturierte Perspektive zur Deutung und Konstruktion gesellschaftlicher Realitäten. Diese Sichtweise auf die Gesellschaft ruht auf einer spezifischen Identitätskonstruktion des deutschen Volkes. Die Identität darf hier als Resultat einer doppelten Abgrenzung verstanden werden: Auf einer vertikalen Ebene wird das sogenannte einfache Volk von einer mächtigen und korrupten politischen Elite abgegrenzt. Ergänzt wird dieser Antagonismus Volk vs. Elite durch die Ab- und Ausgrenzung der „Anderen“ auf der horizontalen Ebene. Diese „Anderen“ werden zuvorderst durch Migrant/innen bzw. Asylbewerber/innen repräsentiert,

deren ethnischer, kultureller oder auch religiöser Hintergrund einer Passung in das „deutsche Volk“ bzw. der „eigenen Nation“ entgegensteht. Rechtspopulistische Gruppierungen stilisieren sich auf Basis dieser Abgrenzungen als Sprachrohr einer durch das politische Establishment unterdrückten, jedoch ehrlichen und fleißigen Mehrheit. Zugleich inszenieren sie sich als Kämpfer für das deutsche Volk, dessen Identität durch Zuwanderung sowie pluralisierte Werte und Lebensstile ethnisch und kulturell bedroht ist. Das Zusammenspiel der Anti-Haltung gegenüber den etablierten politischen Parteien sowie einer pluralistisch verfassten Gesellschaft gilt als wesentliches Merkmal rechtspopulistischer Perspektiven und Realitäten.

Wie sieht es mit den Themen aus? Welche Politikfelder und Positionen werden klassischerweise von Rechtspopulist/innen besetzt?

Die Themenbesetzung von Rechtspopulist/innen kann nicht ohne bestimmte gesellschaftliche Diskurse und Problemfelder gedacht werden. So versuchen rechtspopulistische Gruppierungen sich an die Diskurse der Sicherheit, Kriminalität sowie des politischen Extremismus, aber auch an der Integrationsdebatte anzuschließen und teilzunehmen. Weiterhin gelten der demografische Wandel und die Stabilität der Sozialsysteme als erfolgversprechende Themenfelder. Sozusagen als Gewinnerthema für rechtspopulistische

gesellschaftliche Problemlagen in Stellung gebracht werden.

Die Studie „Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen“, deren Mitautorin Sie sind, greift auf die Daten einer Langzeitstudie zurück. Was für Daten wurden da erhoben?

Die Grundlage für die Studie bildeten die repräsentativen Umfragen, die im Rahmen des Projekts Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland erhoben wurden. Das Projekt wurde vom Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld von 2002 bis 2011 durchgeführt. Zehn Jahre lang wurden also jedes Jahr 2.000 bis 3.000 repräsentativ ausgewählte Personen ab 16 Jahren telefonisch befragt, womit uns insgesamt 23.000 Befragten-Daten für die Analyse des Rechtspopulismus vorlagen. Je nach aktuellem Themenschwerpunkt wurden den Befragten verschiedenste Fragen gestellt. So stellten wir beispielsweise viele Fragen zu den Abstiegsängsten der Menschen und wer ihrer Meinung nach die Schuld an der Finanz- und Wirtschaftskrise trägt. Ein anderes Beispiel ist die Feindlichkeit gegenüber Muslimen, die nach 2002 stark anstieg und mit einem ausdifferenzierten Fragenkatalog genauer in den Blick genommen wurde.

Können Sie uns ein Beispiel geben? Was wurden den Teilnehmenden für Fragen gestellt und wie viele Menschen stimmten der These zu?

Wenn wir einmal bei der Muslim- und/oder Islamfeindlichkeit bleiben, wären dies beispielsweise Aussagen wie „Die vielen Moscheen in Deutschland zeigen, dass der Islam auch hier seine Macht vergrößern will“, die bewertet werden sollte. Im Jahr 2011 stimmte hier noch mehr als jede/r Zweite zu (55,2 %). Eine andere Frage war, wie sehr „die hier lebenden Muslime die deutsche Kultur bedrohen“, die immerhin noch 12,2 % der Befragten in 2011 mit ‚stimme zu‘ beantworteten.

Welche Rückschlüsse konnten Sie aus den Daten in Bezug auf das Wähler/innenpotential von rechtspopulistischen Parteien ziehen?

In der Studie zum Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen konnten wir ein recht scharfes Personenprofil, das für rechtspopulistische Agitation anfällig scheint, ermitteln. Das wären vor allem ältere Personen und niedrig Gebildete. Erstaunlicherweise lässt sich das auch bei Frauen feststellen. In späteren Analysen bestätigte sich dies auch für Gesamtdeutschland. Darüber hinaus zeigt sich, dass je rechter sich eine Person politisch verortet – im Vergleich zu „links/ eher links“ und „genau in der Mitte“, desto eher werden auch rechtspopulistische Einstellungen geäußert. Geht es allerdings um die bekannte Sonntagsfrage „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“, wird die

Identifizierung einer klaren Parteipräferenz von rechtspopulistisch eingestellten Personen schon deutlich schwieriger. Anhand der Daten lässt sich festhalten, dass rechtspopulistische Potentiale in beinahe jeder Wählerschaft zu finden sind – besonders stark sind rechtspopulistische Einstellungen bei Personen mit Wahlintention CDU/CSU und FDP, aber auch unter Nichtwähler/innen vertreten. Geringfügig niedriger fällt dies für Die Linke und die Piratenpartei aus, während die potentielle Wählerschaft der SPD und B90/Grüne im Vergleich am seltensten rechtspopulistische Einstellungen vertritt.

Die hohen Zustimmungsraten zu den Thesen der GMF-Langzeitstudie deuten darauf hin, dass rechtspopulistische Positionen nicht nur am gesellschaftlichen Rand geteilt werden, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft präsent sind. Können Sie diese Beobachtung bestätigen?

Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch ein Spannungsverhältnis zwischen Dominanzansprüchen und Gleichheitskonzepten aus. Einerseits existieren Strukturen, die tagtäglich real erlebbar zwischen ethnischer Herkunft, Geschlecht, Leistungsfähigkeit oder sexuelle Orientierung (diskriminierend) unterscheiden und sich auch reproduzieren. Andererseits versteht sich die Gesellschaft als modern, pluralistisch und demokratisch. Rechtspopulistische Parteien schließen an diesem gesellschaftlichen Selbstverständnis an, indem sie sich zwar als demokratisch inszenieren und bspw. für eine direkte Demokratie eintreten. Gleichzeitig schaffen sie Feindbilder, die sowohl vorhandene gesellschaftliche Ressentiments als auch Abstiegsängste der Bürger/innen bündeln. Der Erfolg rechtspopulistischer Sichtweisen, Gruppierungen und Parteien beruht gerade darauf, dass sie es verstehen, nicht demokratische Einstellungsmuster, die auch in der Mitte aufgehoben sind, unter dem Vorzeichen eines „gesunden Menschenverstands“ und „endlich klaren Positionierungen“ zu aktivieren. Insofern kann unsere Studie die hohen Zustimmungsraten zu den Thesen der GMF-Langzeitstudie in der Mitte der Gesellschaft ebenfalls bestätigen.

KAPITEL



Anti- Establish- ment

Einführung Das Establishment als Feindbild

Stichwort Regulierungswut

Essay Wir gegen die Anderen

STICHWORT REGULIERUNGSWUT



Anti-Establishment ist ein abstraktes Thema. Um mit dem Thema erfolgreich Propaganda zu machen, müssen rechtspopulistische Parteien Übersetzungen finden. Beliebte sind dabei Klagen über die „Regulierungswut“ der „EU-Bürokraten“. Das Praktische daran ist: Tatsächlich gibt es immer wieder neue EU-Richtlinien und somit laufend neue Themen, über die man sich herzlich aufregen kann. Staubsauger, Schnullerketten, Gurken, Kaffeemaschinen – Brüssel dehnt seinen Einfluss in unsere privatesten Lebensbereiche aus. Kaffeemaschinen sollen sich zum Beispiel selbst abschalten. Für Rechtspopulist/innen ist das ein Angriff auf unsere persönliche Freiheit. Ein Internet-Kommentator gibt jedoch Entwarnung: „Sie haben auch weiterhin das Recht, ihre Kanne auf dem E-Herd, auf dem Kachelofen, am Lagerfeuer oder auf der auf Maximalwert eingestellten Fußbodenheizung warmzuhalten. Zehn Minuten, zehn Stunden, wie lange auch immer ihr Energiebudget für Unsinn und schlechten Geschmack ausreicht.“ Das ist nämlich die Krux bei der Sache mit den EU-Richtlinien: Sie schreiben nicht uns vor, wie wir unser Leben führen, sondern entscheiden lediglich, welche Produkte auf den europäischen Markt dürfen. Auch vor der EU gab es schon Richtlinien in Deutschland. Zum Beispiel diese: Autos müssen Anschnallgurte haben.

DAS ESTABLISHMENT ALS FEINDBILD RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN

„DIE DA OBEN“ SIND SCHULD, DASS ES EUCH SCHLECHT GEHT. WIR SIND ANDERS, WIR SIND WIE IHR, WIR VERTRETEN EURE MEINUNG. MIT EINER DERARTIGEN ARGUMENTATION VERSUCHEN RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IMMER WIEDER, IHRE WÄHLER VON SICH ZU ÜBERZEUGEN. WELCHE STRATEGIE HINTER DIESEN AUSSAGEN STECKT, SOLL IN DIESEM ARTIKEL KURZ ERKLÄRT UND KRITISCH HINTERFRAGT WERDEN.

Ein Beitrag von Jan Schwalbach

Wenn man aus politikwissenschaftlicher Sicht einen genuine Erzfeind rechtspopulistischer Parteien angeben sollte, dann wäre dies wohl das „Establishment“. Gemeint sind damit die etablierten Parteien mit einer gefestigten Position im Parlament, denen insbesondere von außerparlamentarischen Parteien nachgesagt wird, dass sie vom Status Quo auf Kosten der Bevölkerung existieren und profitieren.

Denn obwohl sich rechtspopulistische Parteien meist nicht selbst als „Populisten“ (aus dem Lateinischen *populus* = das Volk) bezeichnen, stehen sie doch hinter einem Grundgedanken, der mit diesem Begriff suggeriert wird. So möchten sie sich als Vertreter/innen einer breiten Bevölkerung darstellen und die Interessen „des kleinen Mannes“ vertreten. Der „einfachen“ Bevölkerung, welche von Rechtspopulist/innen als homogene Gruppe dargestellt wird, soll als Feindbild eine etablierte Elite gegenübergestellt werden.

Diese kann in allen gesellschaftlichen Bereichen wiedergefunden werden, wird jedoch von Rechtspopulist/innen meist als eine politische Elite definiert. Sowohl dem Volk als auch dem Establishment werden hierbei vereinfachte und polarisierende Attribute zugeteilt: Während die ehrliche

und gutwillige Mehrheit der Bevölkerung auf der einen Seite steht, wird diese angeblich von einer kleinen Gruppe etablierter Parteien ausgenutzt, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht ist. Diese Darstellung kann in Verbindung mit einem großen Misstrauen gegenüber Politiker/innen und Parteien, welches in Teilen der Bevölkerung vorhanden ist, zum Teil zum Einzug rechtspopulistischer Parteien in die Parlamente führen.

Beispielsweise gaben 2013 73% der Deutschen in einer Befragung des Eurobarometers an, politischen Parteien eher nicht zu vertrauen, wobei dieser Wert in anderen europäischen Ländern noch deutlich höher ausfiel. Florian Hartleb, ein deutscher Politikwissenschaftler, der sich detailliert mit populistischen Parteien auseinandersetzt, schreibt hierzu, dass sich insbesondere charismatische Anführer/innen innerhalb rechtspopulistischer Parteien als Anwälte des „Volkswillens“ präsentieren, welche in „Robin-Hood-Manier“ gegen die Ausbeutung durch das Establishment kämpfen. Zudem sehen sich rechtspopulistische Parteien auch als Tabubrecher, die eine Ausnutzung durch das Establishment als einzige thematisieren und auf wichtige Missstände in der Gesellschaft hinweisen. Je weiter die kritisierte Elite entfernt scheint, desto stärker bietet sie eine Angriffsfläche für rechtspopulistische Parteien: Während es dem/der Bürgermeister/in eines kleinen Dorfes eher möglich ist, mit seinen Wähler/innen in Kontakt zu

treten und auf die von Rechtspopulist/innen geschürten Ängste einzugehen, bietet sich diese Möglichkeit für Bundes- oder gar Europapolitiker/innen alleine aus technischen Gründen meist viel weniger. Zur Strategie rechtspopulistischer Parteien gehört in diesem Zusammenhang auch die Forderung nach mehr direkter Demokratie und Bürgerentscheiden. Diese soll dem/der Wähler/in in erster Linie suggerieren, dass er/sie politisch übergangen wird und es erst durch rechtspopulistische Parteien möglich wird, mitzuzentscheiden.

Nun stellt sich die Frage, inwieweit es sich dabei um legitime Kritik handelt und warum diese kritisch betrachtet werden sollte. Zunächst muss beachtet werden, dass ein Grundgedanke der Demokratie ist, dass der/die Wähler/in zwischen verschiedenen Politikangeboten auswählen kann. Ein entscheidender Faktor bei rechtspopulistischen Parteien ist jedoch, dass ihre Kritik (insbesondere gegenüber Eliten) ohne konstruktive Verbesserungsvorschläge bleibt. Dies ist auch im Zusammenhang damit zu sehen, dass rechtspopulistische Parteien real existierende Probleme extrem vereinfacht darstellen. Die Lösungen, welche sie hierfür anführen, erscheinen daher ebenso einfach, können die eigentlichen Probleme aber nicht lösen. So fungiert die Kritik am Establishment viel mehr zum Aufbau eines Feindbildes.

Die Wähler/innen sollten sich daher Gedanken darüber machen, ob bestehen-

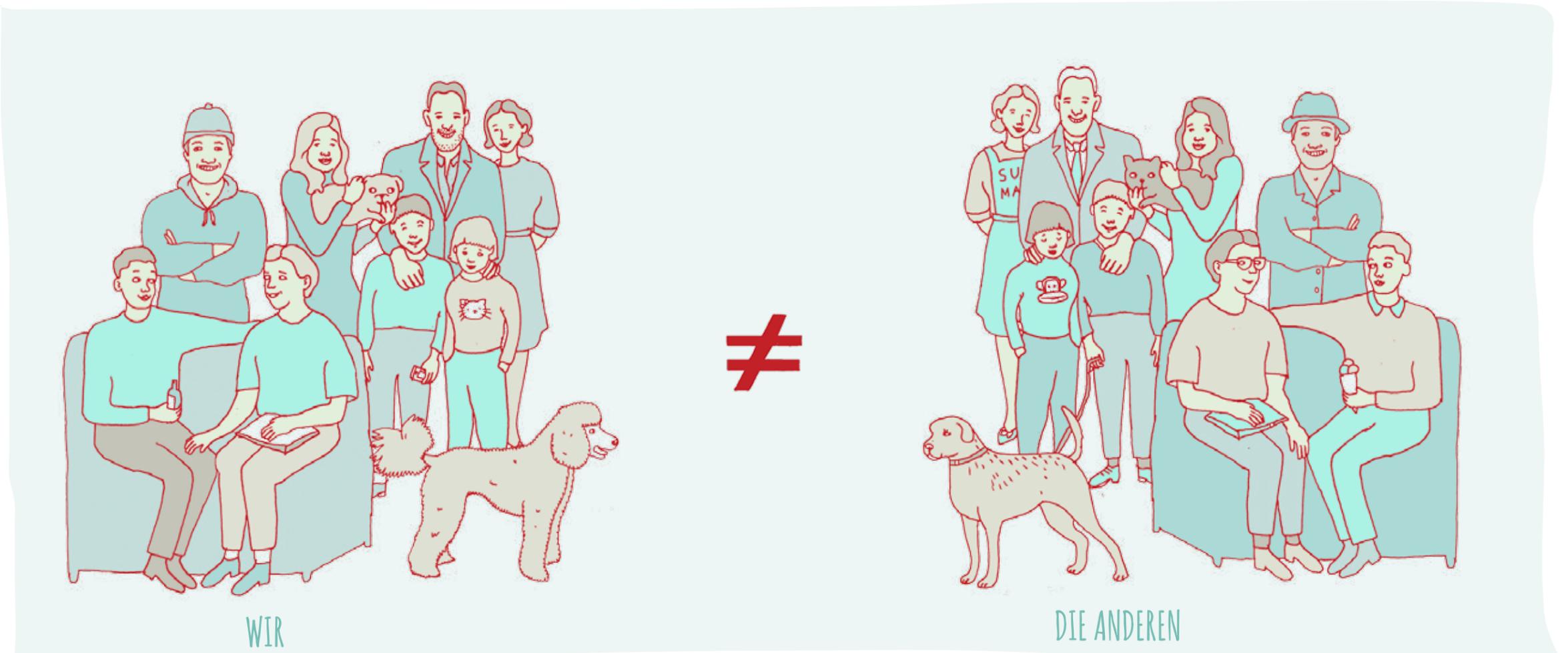
de Probleme, wie es rechtspopulistische Parteien suggerieren, in destruktiver Weise gelöst werden können oder ob viel mehr eine konstruktive Kritik nötig ist. Des Weiteren sollte man sich auch über die eigentliche Intention rechtspopulistischer Parteien bewusst werden: Ebenso wie die übrigen Parteien sind diese in erster Linie daran interessiert, Wählerstimmen zu sammeln und sich somit als politische Partei zu etablieren. Sie wollen daher selbst zu dem politischen Establishment gehören, welches sie kritisieren. Das wiederum entlarvt ihre Kritik als Selbstzweck.

Im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien muss daher immer hinterfragt werden, welches Ziel sie mit ihren Aussagen gegen das Establishment intendieren, da es sich hierbei um politisches Kalkül handelt und nicht um die von ihnen propagierte Umsetzung eines vermeintlichen Volkswillens.

WIR GEGEN DIE ANDEREN

Wenn im antiken Griechenland von den Barbaren die Rede war, dann hat Platon herzlich gelacht. Zumindest wird ihm das nachgesagt. Laut Überlieferung belustigte ihn, dass ganz unterschiedliche Menschen, die nicht viel miteinander gemein hatten, in einen Topf geworfen wurden. Denn alle, die des Griechischen nicht mächtig waren, bezeichnete man als Barbaren. Das Beispiel zeigt, dass Gesellschaften seit jeher dazu neigen, zwischen einer **Wir-Gruppe** und einer **Gruppe der Anderen** zu unterscheiden. Außerdem wird klar, dass diese Einteilung sich noch nie durch ihren differenzierten Fokus auf die gesellschaftliche Realität auszeichnen konnte. Gerade die scharfe Trennung der Gruppen, meist anhand eines Merkmals, sorgt für den unscharfen Blick.

Beliebt sind diese Unterteilungen jedoch, weil sie vereinfachen. In einer Gruppe Konsens darüber herzustellen, was man sein will, ist sehr schwierig. Schließlich sind alle Mitglieder/innen auch einzelne Individuen mit eigener Geschichte, eigenen Einstellungen und Werten. Einfacher ist es hingegen festzulegen, was man auf keinen Fall sein will. Beschreiben kann man das am besten, wenn man ein Gegenbild konstruiert: **Die Gruppe der Anderen**. In den Sozialwissenschaften bezeichnet man diesen Prozess als „Othering“. Die Erfindung **des Anderen** läuft in der Regel so ab, dass diesen Gruppen negative Verhaltensweisen und Eigenschaften zugeschrieben werden. **Die Gruppe der Anderen** wird als rückständig, brutal und unzivilisiert beschrieben. Die eigene Gruppe darf sich im Gegenlicht als fortschrittlich und zivilisiert betrachten. Das verleiht der **Wir-Gruppe** Glanz und gibt ihr die Möglichkeit, sich überlegen



zu fühlen. Selbst wenn **die Gruppe der Anderen** mit vermeintlich neidischem Blick beschrieben wird, steckt dahinter oft das Motiv der Selbstbeweihräucherung. Wenn die Anderen beispielsweise als besonders naturverbunden beschrieben werden, schwingt im Subtext mit, dass die **Wir-Gruppe** in der technologischen Entwicklung weit voraus ist.

Die Einteilung der Menschen in zivilisierte und unzivilisierte Gruppen erlebte eine Hochkonjunktur im Kolonialzeitalter. Die Kolonialmächte leiteten aus ihrer Beschreibung **der Anderen** den Auftrag

ab, diese zu „zivilisieren“ und begründeten so ihre Unterdrückung. Darin zeigt sich, wie schnell über Othering Rassismus geschaffen wird. Auch heute werden auf Blogs, die dem rechtspopulistischen Milieu zugeordnet werden können, Menschengruppen abgewertet, indem ihnen pauschal Rückständigkeit attestiert wird. Aber auch in den Massenmedien tauchen solche undifferenzierten Zuschreibungen immer wieder auf.

So wird über Jahrzehnte hinweg die öffentliche Wahrnehmung über ganze Weltregionen oder Ethnien geprägt. Selbst wenn

kein unmittelbarer Rassismus daraus folgt, führt es dazu, dass Gläubige der verunglimpften Religion oder Angehörige der stigmatisierten Ethnien sich ständig in Alltagssituationen zu diesem Zerrbild verhalten müssen.

Rechtspopulistische Parteien wirken an der Verfestigung solcher negativen Zuschreibungen aktiv mit. Sie leiten aus dem Zerrbild Forderungen ab, die nicht selten eine rechtliche Benachteiligung der Betroffenen zu Folge hätte. Man könnte meinen, in einer diversen Gesellschaft wäre die Diskreditierung großer Personengruppen

ein politisches Eigentor. Einerseits treffen die Negativ-Zuschreibungen jedoch häufig Menschen, die in Deutschland nicht wahlberechtigt sind, beispielsweise Geflüchtete. Andererseits funktionieren sie auch im kleineren Kontext. Rechtspopulist/innen teilen beispielsweise ein in die Gruppe „Wir, der produktive Teil der Bevölkerung“ und im Gegensatz dazu „die Schmarotzer“. Oder „Wir, ehrlichen Bürger/innen“ versus „die Kriminellen“. Typisch populistisch ist auch die Selbstverortung bei „den kleinen Leuten“, denen die „abgehobene politische Klasse“ gegenübergestellt wird. Probleme und Negatives werden auch hier jeweils

auf die andere Gruppe abgewälzt. Man merkt: Es gibt viele, auf die man mit dem Finger zeigen kann. Je nach Kontext urteilt man selbst über **die Anderen** oder ist von der Fremdzuschreibung betroffen. Leider vergisst man in den Momenten, in denen man sich selbst in den **Wir-Gruppen** wiederfindet, allzu oft solidarisch mit denen zu sein, die gerade als Zugehörige der **Gruppe der Anderen** abgewertet werden. Not täte es allemal, schließlich könnten die Finger beim nächsten Mal schon wieder auf einen selbst zeigen.

Tipps für die Argumentation:

Es gibt keine rückständigen Kulturen, Religionen oder Gesellschaften. Alle Kulturen und Gesellschaften befinden sich in einem permanenten Austausch und Wandel. Einen Zeitstrahl kann man da nicht anlegen.

Beteiligen Sie sich nicht an Pauschalurteilen über Gruppen. Machen Sie darauf aufmerksam, wenn von Einzelbeispielen Rückschlüsse auf ganze Gruppen gezogen werden.

Auch wenn man gerne Komplimente hört: Aussagen nach dem Motto „Deutschland, das Land der Dichter und Denker“ brauchen zumindest den Einwand, dass alle anderen Menschen auch dichten und denken können.

Gesellschaften sind divers und komplex. Versuche allgemeine Tendenzen über das „Wesen der Leute“ zu formulieren, bringen selbst im Reiseführer kaum eine/n weiter.

KAPITEL

Gleich- stellungs- & Familien- politik

Einführung Rechte Familienpolitik

Stichwort Biologismus

STICHWORT BIOLOGISMUS



Obwohl Mensch und Schimpanse genetisch gesehen fast identisch sind, wird's in der Regel peinlich, wenn Metaphern aus Tier- und Pflanzenwelt Einzug in die politische Rhetorik erhalten. Bestimmte Mäusearten neigen dazu bei Überpopulation unfruchtbar zu werden. Dichtestress nennen Biolog/innen dieses Phänomen. Die rechtspopulistische Schweizer Volkspartei (SVP) machte Dichtestress zum zentralen Begriff ihrer Kampagne bei der Volksabstimmung über die Begrenzung von Zuwanderung. Was einem dieses Sprachbild über die Befürworter/innen der Kampagne sagen möchte, darüber denkt man lieber nicht länger nach. Als Biologismen bezeichnet man solche Metaphern. Rechtspopulist/innen verwenden sie gerne: Da ist von der Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“ die Rede, oder von „organisch gewachsenen Strukturen“. Solche Vergleiche sollen den Eindruck erwecken, eine Lebensform oder eine Handlung seien natürlich. Abweichende Verhaltensweisen erscheinen dagegen als unnatürlich. Dabei ist bezogen auf den Menschen vor allem eins natürlich: Wir haben Handlungsoptionen und können eigene Entscheidungen treffen.

GLEICHSTELLUNGS- & FAMILIEN-POLITIK

SIE SIND BLOND, BLAUÄUGIG UND MIT VORLIEBE INMITTEN EINER KINDERSCHAR DARGESTELLT: WER DARAUF ACHTET, WIE FRAUEN AUF WAHLPLAKATEN RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN ERSCHEINEN, ERFÄHRT VIEL ÜBER DIE ZUGEHÖRIGE PROGRAMMATIK. ES IST EIN ZUTIEFST REAKTIONÄRES FRAUENBILD, DAS HINTER DEN FAMILIENPOLITISCHEN FORDERUNGEN STEHT, OFTMALS BESONDERS PERFIDE VERSTECKT HINTER DEM LIPPENBEKENNTNIS, DIE GLEICHBERECHTIGUNG VON MÄNNERN UND FRAUEN ZU VERFOLGEN. GENAUES HINSEHEN LOHNT SICH DESHALB BESONDERS IN DEN PASSAGEN DER PARTEIPROGRAMME, DIE SICH MIT FRAUEN- UND FAMILIENPOLITIK BEFASSEN.

Ein Beitrag von Kathrin Schug

Vor fünfzig Jahren war die Welt ungerechter, aber einfacher. Wer um die Mitte des letzten Jahrhunderts aufgewachsen ist, hat gelernt: Frauen haben einen klar umrissenen Lebensbereich, der sich zwischen Küche, Kinderzimmer und Kirche abspielt, während ihre Ehemänner das Geld verdienen und im Gegenzug dafür abends ein liebevoll vorbereitetes Mahl erwarten dürfen. Dieses Weltbild hat sich in den letzten Jahrzehnten in die Geschichtsmuseen verabschiedet – und das aus guten Gründen. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist nicht nur im Grundgesetz festgeschrieben, sondern heute ein politisches Kernelement aller demokratischen Parteien. Rechtspopulistische Parteien fischen dort, wo die Zustimmung zu einer offenen und gleichberechtigten Gesellschaft bröckelt. Sie feiern dort Erfolge, wo Wähler das Gefühl haben, dass „die Politik“ sich von ihrer Lebenswelt und ihren Wertvorstellungen entfernt hat. Das Betreuungsgeld, die Homo-Ehe und die Frauenquote sind nur drei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit, an denen deutlich wird,

wie kontrovers und leidenschaftlich dieses Feld immer wieder öffentlich diskutiert wird.

Während der letzten fünf Jahrzehnte ist im Verhältnis von Männern und Frauen kaum ein Stein auf dem anderen geblieben. Dieser Umstand ist eine erkämpfte Errungenschaft, die uns so selbstverständlich ist, dass wir sie nicht immer als solche erkennen. Gleichzeitig stellt er eine Gesellschaft vor die Herausforderung, bestehende Regeln neu zu verhandeln: Wie organisieren Paare die Kindererziehung, wenn beide Elternteile arbeiten? Wie werden gleichgeschlechtliche Beziehungen rechtlich gefasst? Ist eine Frauenquote gerecht? Obwohl diese Umwälzungen in allen Bereichen der Gesellschaft zu tiefgreifenden Veränderungen geführt haben, ist die inhaltliche Auseinandersetzung über Geschlechtergerechtigkeit, Feminismus und Emanzipation bis heute meist weitgehend auf akademische Zirkel konzentriert – eine breite öffentliche Debatte, die feministische Positionen in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger trägt, fehlt.

Der Umstand, dass wir als Gesellschaft für viele Fragen noch keine Antworten gefun-

den haben, macht diese Themen nicht nur zu einem Dauerbrenner an den Stammtischen, sondern auch zu fruchtbarem Boden für rechtspopulistische Stimmenfänger: Mit dem Gefühl der Unsicherheit werden Ängste geschürt und Ressentiments bedient. In den Programmen der Parteien wird deutlich, dass Frauen- und Familienpolitik kein randständiges, nebensächliches Politikfeld ist, sondern ein zentraler Baustein für das Ziel der nationalen Volksgemeinschaft. Die Vorstellung einer ethnisch homogenen Gesellschaft, der ein gemeinsamer, einheitlicher Volkswille unterstellt ist, ist das Kernstück rechter Sinnsuche. Die „Reinheit“ einer solchen „deutschen“ Gemeinschaft zu schützen, sehen Rechtspopulistinnen und Populisten als ihr politisches Ziel. Das bedeutet nicht nur, Einflüsse von außen zu bekämpfen („Ausländer raus!“), sondern auch die Stärkung des deutschen Volkes zu fordern – durch deutsche Kinder von deutschen Eltern.

Der Familienpolitik kommt in diesem Gesellschaftsbild deshalb eine Schlüsselstellung zu. Zwischen den Zeilen der Wahlprogramme wird staatliche Kinderbetreuung abgewertet und arbeitende

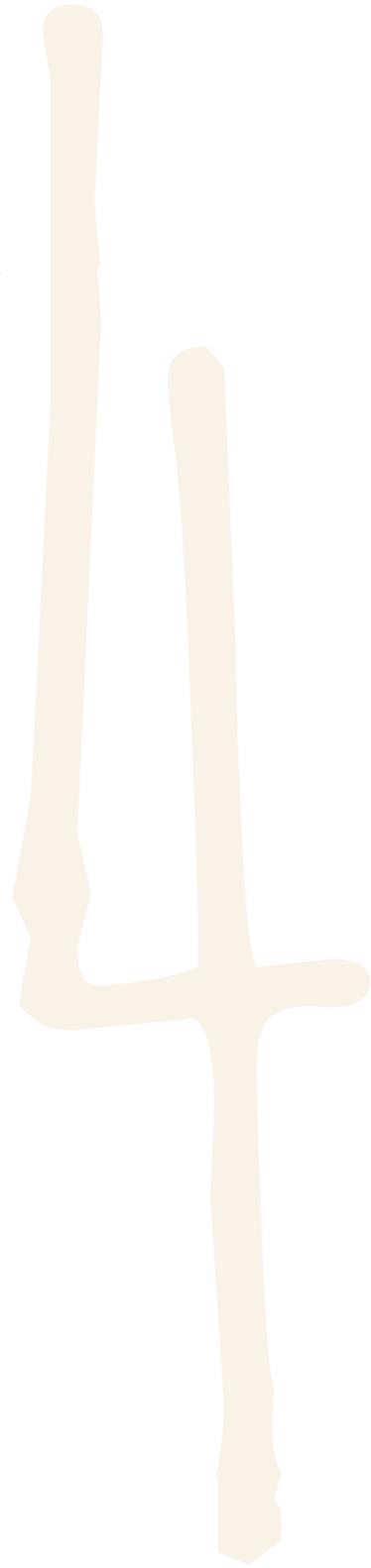
Mütter als „Rabenmütter“ diffamiert, die leichtfertig das Wohl ihres Kindes aufs Spiel setzen. Als Idealzustand wird die Betreuung der Kinder durch die Mutter formuliert. Rechtspopulistische Parteien sehen die Frau deshalb am liebsten dort, wo sie schon in den Dreißigerjahren stand: Als Mutter des rassisch reinen Nachwuchsfür die Volksgemeinschaft. Dass diese Rolle allein den deutschen Frauen vorbehalten ist, muss nicht erwähnt werden.

Ebenso, wie rechtspopulistische Parteien öffentlich immer bestreiten werden, in der rechten Ecke zu stehen, werden sie sich hüten, ihr Frauenbild als solches zu benennen. Im Gegenteil: Während der letzten Jahre haben rechtsextreme Parteien sogar erstmals weibliche Spitzenkandidaten benannt, in einigen Parteien haben sich Frauenzusammenschlüsse als Unterorganisationen etabliert, die behaupten, Fraueninteressen innerhalb der rechten Organisationen zu vertreten. In den betreffenden Passagen der Programme wird allerdings deutlich, dass diese Phänomene nichts als Nebelkerzen sind. Wo gegen das erklärte Feindbild „Gender Mainstreaming“ gehetzt wird, wo Schlagworte wie „naturgesetzlich“, „lebensrichtig“ und

„widernatürlich“ fallen, sollten alle Alarmglocken schrillen: Hinter diesen Worten verbirgt sich ein biologistisches Weltbild, in dem „Familie“ nichts anderes bedeutet als Mutter/Vater/Kind – mit Trauschein, versteht sich.

Aber Familie ist nicht nur dort, wo Mann und Frau mit Trauschein zusammenleben und ihre ehelichen Kinder erziehen. Die gesellschaftliche Realität von Familien hat sich in ihrer Bedeutung längst zu einer schillernden Vielfalt aufgespalten. Alleinerziehende, Patchwork-Familien, gleichgeschlechtliche Paare: Das alles sind Konstellationen, in denen Menschen sich entschieden haben, füreinander Verantwortung zu übernehmen – im rechten Weltbild sind sie deshalb aber noch lange nicht Familie. Hieran wird deutlich, dass es nicht nur selbstbestimmt lebende Frauen sind, die unter der Verwirklichung rechter Politikvorstellungen leiden würden, sondern in letzter Konsequenz jede Bürgerin und jeder Bürger, die für sich selbst entscheiden wollen, wie sie das Wort „Familie“ mit Sinn und Leben füllen.

KAPITEL



Migrations- & Asylpolitik

Einführung Stimmungsmache gegen Zuwanderung

Stichwort Identität

Auf schikanierende Gesetze und Restriktionen verzichten

Interview mit Natascha Zaun

STICHWORT IDENTITÄT



Europa beraube uns unserer Identität, sagen Rechtspopulist/innen. Auch Feminist/innen, politische Gegner oder Migrant/innen stehen im Verdacht, an diesem Diebstahl beteiligt zu sein. Dabei ist der Begriff in diesem Zusammenhang selbst nur geliehen, nämlich bei den intellektuellen Think Tanks der radikalen Rechten. Die so genannte „Neue Rechte“ ist einst angetreten, um rechtes Gedankengut modern aufzupolieren. Ihr zentrales Anliegen: Begriffe und Programme erneuern, die durch die NS-Diktatur in Deutschland in Verruf geraten sind. „Metapolitik“ nannte das Alain de Benoist, einer der prominentesten Vorreiter der Neuen Rechten. Konzepte wie der „Ethnopluralismus“ gehen auf das Konto dieser Think Tanks. Das sind Ideen, die zunächst harmlos und nicht nach NS-Ideologie klingen, aber dennoch bestens geeignet sind, um Ungleichheit, Rassismus und Faschismus salonfähig zu machen. Auch die „Identitäre Bewegung“ greift auf dieses Gedankengut zurück. Auf deren Internetseiten finden sich gerne mal durchgestrichene Hakenkreuze oder die Behauptung man sei „0% rassistisch“. Trotz dieser Selbstbezeichnungen stecken hinter den Internetseiten oft bekannte Rechtsextremist/innen. Was diese Leute unter Identität verstehen, wird in ihren Aktionen deutlich, die sich meist gegen Muslim/a richten. Identität ist für sie ein reiner Ersatzbegriff für das NS-Vokabular von der „Volksgemeinschaft“. Eingesetzt wird der Begriff Identität in der Darstellung nach außen, weil er eben nicht nach Hitler und Co klingt. Gruppenintern weiß jede/r was mit diesem Code gemeint ist. Heute sprechen in Gestalt von Rechtspopulist/innen selbst Parteien von der „nationalen“ oder „kulturellen Identität“, die um Stimmen aus dem bürgerlichen Lager buhlen. In der Tat ein anschlussfähiger Begriff.

MIGRATIONS- & ASYLPOLITIK

PAROLEN UND FORDERUNGEN GEGEN ZUWANDERUNG SIND ZENTRALE MERKMALE RECHTSPOPULISTISCHER POLITIK. DER RHETORISCHE STIL IN DEM DIESE VORGETRAGEN WERDEN, UNTERSCHIEDET SICH JE NACH RECHTSPOPULISTISCHER PARTEI. TROTZDEM GIBT ES IM RECHTEN FLÜGEL GEMEINSAME HALTUNGEN ZUM THEMA EINWANDERUNG. PRO AKTIV GEGEN RECHTS – MOBILE BERATUNG IN BREMEN UND BREMERHAVEN STELLT SIE VOR.

Alle rechtspopulistischen Parteien zeichnen ein negatives Bild über Zuwanderung. Während in einigen Parteien die Vorsitzenden selbst bei der Hetze gegen Einwander/innen mitmachen und entsprechend eindeutige Passagen Eingang in Parteiprogramme und Pressemitteilungen finden, hält sich in anderen rechtspopulistischen Parteien die Führungsriege „vornehm“ zurück. Trotz dieser inszenierten Fassade werden auch in diesen Parteien Stimmen, die abwertend über Zuwanderung sprechen, geduldet. Eindeutig sind meist die offiziellen Internetauftritte rechtspopulistischer Parteien in den sozialen Netzwerken. Dort wird durch eigenes Teilen und Liken von Inhalten und durch Zulassung hetzerischer Kommentare ein typisch rechtspopulistisches Klischeebild über Einwanderung verbreitet:

Immigrant/innen werden dabei als homogene Masse dargestellt. Durch Rückgriff auf Überflutungs-Metaphern (beispielsweise „Einwanderungsflut“, „Migrationswelle“, „Asylschwemme“, etc.) erweckt man den Eindruck, dass die aufnehmende Gesellschaft zunehmend unter Druck gerät und durch die propagierte „Flut“ bedroht ist. Dabei wird der Eindruck erzeugt, die autochthone Bevölkerung würde bald zur Minderheit werden („Wir Deutschen sterben aus“). Diese Sprachbilder werden von rechtspopulistischen Parteien unabhängig von realen Tendenzen bei Migrationsbewegungen verwendet, also auch in Zeiten abnehmender Migrationsbilanzen eingesetzt.

Ein weiterer Baustein der Anti-Zuwanderungskampagnen rechtspopulistischer Parteien unterstellt Migrant/innen pauschal ein niedriges Bildungsniveau. Aufgrund dieses erfundenen Bildungsunterschieds zwischen Aufnahmegesellschaft und ihren Zuwander/innen stellen Rechtspopulist/innen Migrant/innen auf zynische Weise als Kostgänger der Gesellschaft dar. Während rechtsextreme Parteien mit dem Thema Zuwanderung vor allem eine Bedrohung für die Arbeitnehmer/innen des Aufnahmelandes konstruieren, zielt rechtspopulistische Propaganda eher in die Richtung, Migrant/innen als Unterstützungsempfänger/innen zu portraituren, die eine Belastung für die Steuerzahler/innen seien. Gesetzliche Einschränkungen wie Arbeitsverbote für Asylbewerber/innen oder die Nicht-Anerkennung von ausländischen Berufs- und Studienabschlüssen in Deutschland werden dabei von rechter Seite in der Regel nicht thematisiert. Studien belegen zudem regelmäßig, dass keine Unterschiede im Bildungsniveau zwischen in Deutschland geborenen Menschen und Zugewanderten existieren. Außerdem zeigen Untersuchungen, dass die Bildungschancen für Migrant/innen schlechter sind als für Deutsche.*

Ähnlich verhält es sich beim Klischee, dass Zuwander/innen durch einen besonderen Hang zur Kriminalität auffelen. Gerade in Sozialen Netzwerken stricken Rechtspopulist/innen an diesem Vorurteil mit. Polizeimeldungen und Presseberichte

über Kriminalfälle, an denen mutmaßlich Menschen mit Migrationshintergrund beteiligt waren, werden verbreitet, um auf ein vermeintlich „tot geschwiegenes Problem“ hinzuweisen. Andere Straftaten finden freilich keine Erwähnung auf den rechtspopulistischen Webpages. Rechtspopulist/innen erzeugen so das Bild, dass Zuwander/innen gefährlich seien. So werden Ängste geschaffen, die einer vorurteilsfreien Begegnung im Wege stehen. Ebenso beliebt bei rechtspopulistischen Parteien ist das Spiel mit den polizeilichen Kriminalstatistiken. Diese weisen oft höhere Kriminalitätswerte für Migrant/innen auf als für Deutsche. Bewusst überlesen Rechtspopulist/innen dabei die Anmerkungen: Für Asylbewerber/innen gelten Sondergesetze, die für Deutsche nicht gelten. Beispielsweise die Residenzpflicht. Würde man diese Vergehen, die deutsche Staatsbürger/innen gar nicht begehen können, aus der Statistik herausrechnen, kämen Migrant/innen und Deutsche auf etwa dieselben Werte.

In ähnlicher Weise versucht man Asylbewerber/innen als Betrüger/innen darzustellen. Fluchtursachen werden durch Rechtspopulist/innen systematisch bagatellisiert. Politische Fluchtgründe werden als vorgeschoben betrachtet und wirtschaftliche Fluchtursachen auf unterschiedliche Systeme der sozialen Absicherung in Herkunfts- und Zielland der Migration reduziert. Man verbreitet das Klischee, dass eine Mehrzahl der Geflüchteten ihre Heimat aufgibt, um in Deutsch-

land Sozialhilfe zu kassieren. Mit der Realität hat diese Stimmungsmache rein gar nichts zu tun. Aber sie ist ein wirksames Mittel, um Solidarität und Mitgefühl mit Menschen auf der Flucht zu untergraben.

Aus dieser Propaganda leiten rechtspopulistische Parteien ihre Forderungen im Zusammenhang mit Zuwanderung ab:

Rechtspopulistische Parteien fordern Gesetze, die Migration zusätzlich einschränken sollen. Die Forderungen klingen dabei meist so, als gäbe es noch keine derartigen Gesetze. Tatsächlich wurde das Asylrecht in den Deutschland in den 90er Jahren massiv eingeschränkt. Welche Hebel rechtspopulistische Parteien zur weiteren Einschränkung ansetzen möchten, ist dabei von Programm zu Programm verschieden. Beliebt bei Rechtspopulist/innen ist die Forderung, weniger Fluchtgründe als asylberechtigt zuzulassen oder die Regeln zum Familiennachzug weiter zu verschärfen.

Rechtspopulistische Parteien wollen die Unterstützung von geflüchteten Menschen auf andere Länder abwälzen. Auch das ist längst gängige Praxis. Aber europäische Gesetze wie die Dublin-Abkommen oder die Drittstaatenregelungen reichen Rechtspopulist/innen nicht aus. Sie fordern beispielsweise, Asylverfahren in Auffanglagern weit außerhalb Europas durchzuführen. Auf lokaler Ebene wiederholt sich dieses Bild: Rechtspopulistische Parteien

versuchen Flüchtlingsunterkünfte in ihren Stadtteilen zu verhindern.

Typisch rechtspopulistisch ist der Blick auf das Thema Migration unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Rechtspopulist/innen wollen Menschen verstärkt danach selektieren, ob sie für den Arbeitsmarkt interessant sind. Programme zur Anwerbung von Fachkräften gibt es bereits in Deutschland. Pauschale Hetze gegen Zuwander/innen unterstützen diese Bemühungen nicht gerade. Gravierender jedoch: Die rechtspopulistischen Selektionsvorstellungen haben in der Regel eine systematische Aushöhlung von Menschenrechten zur Folge.

Die eigens geschürten Ängste in Bezug auf Migrant/innen übersetzen Rechtspopulist/innen in die Forderung nach rigider Abschiebungspolitik, die ebenfalls in vielen Bundesländern längst praktiziert wird, und stärkerer Kontrolle an den Grenzen. Gerne entwickeln Rechtspopulist/innen aus diesen Ängsten heraus allerhand Phantasieforderungen, die spätestens vor dem Bundesverfassungsgericht keinerlei Bestand hätten.

* Aktuelle wissenschaftliche Studien zum Thema Migration werden zeitnah zum Beispiel auf www.migazin.de besprochen. Anfang des Jahres veröffentlichte das Institut der deutschen Wirtschaft eine Studie, die herausfand, dass das Bildungsniveau unter Einwanderer/innen aus Rumänien und Bulgarien höher ist, als das der Deutschen.

„AUF SCHIKANIERENDE GESETZE UND RESTRIKTIONEN VERZICHTEN“ EIN INTERVIEW MIT NATASCHA ZAUN



Natascha Zaun forscht an der Universität Bremen zur europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Im Interview mit pro aktiv gegen rechts räumt sie mit rechtspopulistischen Mythen auf und erklärt, wie Deutschlands Asylpolitik modern gestaltet werden könnte.

Rechtspopulisten erwecken den Eindruck, als seien sie die ersten, die Regeln für Zuwanderung fordern. Sie beschäftigen sich wissenschaftlich mit Asyl- und Migrationspolitik, was ist an dieser Behauptung dran?

Das Thema Asyl ist seit 1949 durch das Grundgesetz geregelt. Anfang der 90er Jahre wurde das Asylrecht dann stark eingeschränkt. Statt dem bis dahin gültigen Grundsatz: „politisch Verfolgte genießen Asyl“ konnte fortan nur noch Asyl beantragen, wer direkt nach Deutschland einreist und nicht über einen europäischen Nachbarstaat gekommen ist. Auch die Leistungen für Asylbewerber wurden damals stark eingeschränkt. Seit dem Jahr 2000 ist die Asylgesetzgebung dann mehr und mehr durch EU-Sekundärrecht geregelt worden. Die Richtlinien, deren Ziel eine Harmonisierung des Asylrechts der Mitgliedstaaten ist, sollten einerseits zu einer Gleichbehandlung von Flüchtlingen in allen europäischen Staaten führen und andererseits verhindern, dass einzelne Mitgliedsstaaten besonders attraktiv für Asylbewerber/innen werden. Die Dublin-Verordnungen sollten eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge herbeiführen. Im Endeffekt wurde dieses Ziel aber weit

verfehlt und es sind seitdem vor allem die EU-Grenzstaaten verantwortlich für die Bearbeitung der Asylanträge. Man sieht also: der Bereich der Asylpolitik ist insbesondere in Deutschland stark reguliert und durch eine ganze Reihe von restriktiven Konzepten geregelt. Ein Beispiel ist die aktuell debattierte Ausdehnung der „Sichere Herkunftsstaaten“-Regelung auf die Balkanstaaten, nach der Anträge aus diesen Ländern grundsätzlich als unbegründet betrachtet werden. Diese Konzepte beruhen auf einer restriktiven Auslegung des internationalen Flüchtlingsrechts und werden vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen immer wieder kritisiert. Der Vorwurf seitens der Rechtspopulist/innen, dass Asylzuwanderung in Deutschland zu wenig reguliert sei, ist also haltlos. Entsprechend sind auch den rechtspopulistischen Phantasien, Asylpolitik noch restriktiver zu gestalten, Grenzen gesetzt. Deutschland hat die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet und ist ein Rechtsstaat, entsprechend können Rechte von Flüchtlingen auch von den Rechtspopulist/innen nicht nach Belieben eingeschränkt werden. Zudem hat Deutschland hier besondere Verpflichtungen aufgrund seiner Geschichte.

Rechtspopulist/innen agitieren damit, dass Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen, in ihren Herkunftsländern nicht verfolgt würden und deshalb keinen Anspruch auf Asyl hätten. Gerne wird als Untermauerung dieser These angeführt, dass nur wenige Prozent der Asylanträge in Deutschland positiv beschieden würden. Erkennt Deutschland zu wenige Flüchtlinge an, oder werden tatsächlich die wenigsten, die es nach Deutschland schaffen, wirklich verfolgt?

Die Rechtspopulist/innen greifen oft selektiv einzelne Gruppen heraus, in denen die Anerkennungszahlen in der Tat gering sind. Fakt ist aber, dass fast 90 % der geflüchteten Menschen aus Syrien als Flüchtlinge anerkannt werden. Darüber hinaus werden einige Flüchtlinge auch erst in zweiter Instanz, also nach einem juristischen Revisionsverfahren anerkannt. Aber es stimmt natürlich: Verfolgung ist ein dehnbarer Begriff und muss von Fallentscheidern auf den Einzelfall angewendet und interpretiert werden. Dabei gibt es auch große Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. In Belgien oder Schweden sind die Anerkennungsquoten beispielsweise deutlich höher, was

Flüchtlinge aus Afghanistan anbelangt. Die Genfer Konvention geht ganz bewusst von einem Verfolgungsbegriff aus, der Verfolgung aufgrund ethnischer, religiöser Zugehörigkeit und Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe einschließt. Darüber hinaus gilt nach der Flüchtlingskonvention wie auch nach der Europäischen Menschenrechtscharta ein Verbot, Menschen dorthin zurückzuschicken, wo ihnen Folter und erniedrigende oder menschenunwürdige Behandlung droht. Dieses Verbot gilt absolut und somit kann in Deutschland niemand ernsthaft fordern, sich davon zu lösen.

Bleiben wir bei den Fluchtgründen. Wer nach Deutschland kommt, weil er oder sie in der Heimat keinerlei Perspektive auf ein erträgliches Leben sieht, wird von rechtspopulistischer Seite pauschal als „Sozialschmarotzer“ verunglimpft. Jen-seits dieser Polemik: Ist es nicht eigentlich ein legitimes Anliegen, seine Chance im Zweifelsfall im Ausland zu suchen?

Dass Armut der einzige Fluchtgrund ist, kann man so nicht bestätigen. Wer flüchtet, muss häufig viel an Schlepper zahlen, so dass die Ärmsten und Schwächsten oftmals gar nicht die Möglichkeit haben zu fliehen. Zudem sind die meisten Ursprungsländer Post-Konflikt-Staaten oder Diktaturen. Die Fluchtgründe aus solchen Staaten sind sehr vielfältig und vielschichtig. Oftmals werden von staatlicher Seite bestimmte Bevölkerungsgruppen verfolgt. Es kann aber beispielsweise auch sein, dass Menschen dort nicht ausreichend staatlichen Schutz vor kriminellen

Parallelstrukturen finden und durch diese Verfolgung und erniedrigende Behandlung erleiden. Die Unterstellung, die Leute wären „Sozialschmarotzer“, ist sogar in doppelter Hinsicht falsch. Die meisten Flüchtlinge wollen gerne arbeiten anstatt auf Sozialleistungen angewiesen zu sein, aber das wird ihnen in Deutschland vielfach verweigert und nicht möglich gemacht.

Umgekehrt gibt es ja auch viele Deutsche, die aus wirtschaftlichen Gründen ins Ausland gehen.

Richtig. Bestes Beispiel dafür sind unter anderem viele Hochqualifizierte, die ins Ausland abwandern, da dort in vielen Branchen höhere Löhne bezahlt werden. Der Unterschied ist, für uns sind da die Hürden deutlich niedriger, vor allem was die Aufnahme von Arbeit in einem anderen EU-Staat anbelangt. Doch auch in den vergangenen Jahrhunderten sind viele Menschen aus Europa in die USA oder nach Lateinamerika ausgewandert, um Armut und religiöse Verfolgung zu überwinden. Das zeigt, dass es Migration immer schon gegeben hat und dass es sie immer geben wird.

Was muss sich aus der Perspektive einer Migrationsforscherin ändern, damit Deutschland für Asylbewerber/innen ein gerechterer Platz wird?

In Deutschland sollten wir öfter zu unseren Nachbarn schauen, zum Beispiel nach Schweden, das auch zu den Hauptaufnahmeländern in Europa gehört und im

Verhältnis zu seiner Bevölkerungsgröße sogar noch viel mehr Flüchtlinge aufnimmt. Dort tut man wesentlich mehr um Asylbewerber/innen schnell in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren. In Deutschland hat man stark den Eindruck von Schikane. Viele Regelungen verhindern die Integration, bedeuten aber gleichzeitig einen administrativen Mehraufwand und zusätzliche Kosten. Ein Beispiel ist der erschwerte Arbeitsmarktzugang nach frühestens 9 Monaten. In Ländern wie Schweden sagt man sich, dass ein früher Arbeitsmarktzugang Kosten im Bereich der Sozialleistungen verringert und den Menschen hilft, sich besser einzugliedern. In Deutschland denkt man, ein früher Arbeitsmarktzugang wäre ein Pull-Faktor, der weitere Asylbewerber/innen anzieht. Ein anderes Beispiel ist die Residenzpflicht, aufgrund derer Asylbewerber/innen einen bestimmten Bezirk ohne schriftliche Erlaubnis nicht verlassen dürfen. Dies soll ebenfalls dazu dienen, Asylbewerber/innen abzuschrecken. Die Praxis, potentielle Asylberechtigte auf diese Weise abzuschrecken, ist nicht nur sehr problematisch, sie entbehrt auch wissenschaftlicher Untermauerung. Studien zeigen immer wieder, dass die Netzwerke, die jemand in einem Land knüpfen kann, sowie die internationale Reputation eines Landes in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Stärke entscheidend für die Wahl des Ziellands sind. Würde man das in Deutschland stärker berücksichtigen, dann könnte man auf schikanierende Gesetze und Restriktionen verzichten.

KAPITEL

Feindbilder & Vorurteile

Einführung Lieblingsfeind: Der Islam

Stichwort Antiziganismus

Stigmatisieren kann man sie alle
Interview mit Wolfgang Benz

STICHWORT ANTIZIGANISMUS



Haben auch Sie von den weißen Lieferwagen in Bremen-Nord oder in Bremerhaven gehört? Lieferwagen, vor denen man sich fürchten muss, weil in ihnen die Organmafia ihr Unwesen betreibt? Kein Wunder, Gerüchte dieser Art verbreiteten sich im Frühjahr 2014 in ganz Deutschland. Immer war die Rede von weißen Lieferwagen mit rumänischen oder bulgarischen Kennzeichen. In einigen Städten sorgte das Schauermärchen für derartige Aufregung, dass sich die Polizei genötigt sah, aufzuklären was an der Sache dran ist: Gar nichts. Gefährlich waren die Geschichten dennoch. Denn ihr Kern sind alte rassistische Schauermärchen über Sinti und Roma, die mit ein paar modernen Details versehen wurden. Rechtspopulist/innen nehmen natürlich auch solche offensichtlich seit Jahrhunderten falschen „Ängste der Bevölkerung ernst“ und verstärken die antiziganistische Klischeebildung über Sinti und Roma noch.

FEINDBILDER & VORURTEILE

EUROPAS RECHTSPOPULIST/INNEN HABEN EINEN GEMEINSAMEN LIEBLINGSFEIND: DEN ISLAM. ODER BESSER GESAGT DAS, WAS SIE AUS DEM ISLAM MACHEN. DENN VON EINER ERNSTHAFTEN AUSEINANDERSETZUNG MIT DER WELTRELIGION KANN KEINE REDE SEIN. STATTDESSEN BEMÜHEN SICH RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN, JEDE NEGATIVSCHLAGZEILE IRGENDWIE IN VERBINDUNG MIT MUSLIM/INNEN ZU BRINGEN.

PRO AKTIV GEGEN RECHTS – MOBILE BERATUNG IN BREMEN UND BREMERHAVEN ERKLÄRT, WIE DAS FEIND-BILD DER RECHTSPOPULIST/INNEN AUFGEBAUT IST.

Die Grundzutat bei der Zubereitung des Feindbilds ist die Verallgemeinerung. Vom Einzelfall wird auf die Gesamtheit geschlossen. Nach Lesart des antimuslimischen Rassismus waren nach den Anschlägen des 11. September 2001 nicht nur die Täter/innen Terrorist/innen sondern alle Menschen mit muslimischem Glauben. In ähnlicher Manier wird aktuell allen Muslim/innen unterstellt, sie seien Anhänger/innen des Salafismus. Zu kritisieren und zu ächten wären eigentlich die Personen, die unter dem Vorwand der Religion Terror und Unterdrückung praktizieren. Stattdessen behaupten Rechtspopulist/innen, der Islam an sich stehe für Terror und Unterdrückung. Deshalb werden alle Muslime/a verdächtigt und für Taten anderer Menschen verantwortlich gemacht. Dieses Verantwortlich-machen beginnt bereits damit, dass man ständig von Muslimen und ihren Vereinen und Verbänden Distanzierungen zu irgendwelchen Terrorgruppen (mit denen sie genauso viel zu tun haben, wie andere Europäer/innen auch) erwartet und einfordert.

Bleiben diese Distanzierungen aus, gilt das den Rechtspopulist/innen als ultimativer Beweis für die eingangs aufgestellte These.

Belegt wird die postulierte Gewaltbereitschaft des Islams gerne mit vermeintlichen oder tatsächlichen Koranzitaten. Sofern die Zitate tatsächlich aus dem Koran entnommen sind, sind sie in aller Regel jedoch vollkommen aus dem Kontext gerissen. Trotzdem erfreut sich diese Beweisführung bei den Anhänger/innen rechtspopulistischer Parteien großer Beliebtheit, vor allem, wenn die Diskussion im Internet geführt wird. Die Popularität könnte auch damit zu tun haben, dass diese Argumentationskette recht billig zu haben ist. Spezielle Blogs, die dem antimuslimischen Rassismus frönen, kauen sie den Hass-empfindlichen Internetnutzer/innen regelmäßig vor. So wird man per "Copy & Paste" zum/r Islam-Expert/in.

Fast genauso schnell im Internet zusammengesucht sind die Motive für das typisch rechtspopulistische Verschwörungs-

szenario. Diese Theorie behauptet, der Islam sei eigentlich ein politisches Projekt und versuche die Weltherrschaft an sich zu reißen. Wer genau hinter diesem angeblichen Plan steckt, ist bei 1,6 Milliarden Menschen muslimischen Glaubens kaum festzustellen. Aber immerhin: Man weiß, wem man diese Absichten unterstellen sollte. Mit Vorliebe treffen solche Unterstellungen Politiker/innen muslimischen Glaubens.

Eine andere Stoßrichtung des antimuslimischen Rassismus sieht ebenfalls unsere Gesellschaft in Gefahr. Mithilfe von Geburtenraten erzeugt man den Eindruck, bald lebten überwiegend Muslim/innen in Deutschland und die Christen seien in der Minderheit. Überfremdung heißt das zugehörige Stichwort, das man sowohl bei rechtsextremen als auch bei rechtspopulistischen Parteien findet.

Typisch für Rechtspopulist/innen ist der Ansatz, verschiedene benachteiligte Gruppen gegeneinander auszuspielen.

Dabei wird die Gruppe, der sich Rechtspopulist/innen selbst zuordnen, als besonders aufgeschlossen gegenüber anderen Lebensstilen oder Gruppen beschrieben. Muslim/innen wird hingegen unterstellt, sie seien auf Grund ihrer Religion intolerant. Mittels dieser Konstruktion gerieren sich Rechtspopulist/innen als Verteidiger/innen von beispielsweise Homosexuellen- und/oder Frauenrechten. Das Rollenbild für diese Argumentationsweise lieferte einst der niederländische Rechtspopulist Pim Fortuyn. Wie in anderen Kapiteln dieser Broschüre dargestellt, ist diese Selbstdarstellung kaum haltbar.

Trotzdem bleibt der antimuslimische Rassismus ein beliebtes Spielfeld für rechtspopulistische Parteien. Der Grund dafür ist, dass Ressentiments gegenüber muslimischen Menschen weit verbreitet sind und man hofft, über das emotional besetzte Thema Wähler/innen zu gewinnen. Außerdem ist dieses Spielfeld längst beackert und besetzt. Seit Jahren finden anti-muslimische Publizist/innen reißen-

den Absatz am Buchmarkt. Den Rechtspopulist/innen erspart das einiges an Arbeit und an schmutzigen Fingern. Sie brauchen die Ressentiments gar nicht mehr selber zu erfinden. Kleine Andeutungen reichen, um den antimuslimischen Rassist/innen zu zeigen, dass man an ihrer Seite steht. Zum Beispiel, indem man ohne Anlass in ein Wahlprogramm schreibt, das über den Bau neuer Minarette zukünftig Volksentscheide geführt werden sollten.

„STIGMATISIEREN KANN MAN SIE ALLE“

EIN INTERVIEW MIT WOLFGANG BENZ



pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven sprach mit dem Vorurteilsforscher und langjährigen Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, Wolfgang Benz, über stigmatisierende Ressentiments gegen Muslime und gegen Sinti und Roma.

pagr: Herr Benz, wir führen dieses Gespräch im September 2014. Vor wenigen Tagen sorgte eine Gruppe junger Männer in Wuppertal für einen bundesweiten Aufschrei. Sie trugen Warnwesten mit der Aufschrift „Sharia-Police“. Sämtliche Medien berichteten über den Vorfall und auch einige Bundesminister/innen meldeten sich zu Wort. Wieso konnte eine kleine Gruppe in Warnwesten eine derartige Aufregung auslösen?

Benz: Wenn das Wort „Scharia“ verwendet wird, dann ist man alarmiert. Dafür haben Publizisten gesorgt. Sie haben in der Öffentlichkeit das Konstrukt aufgebaut, Muslime wollten das Grundgesetz durch die Scharia ersetzen. Wenn man gleichzeitig Überfremdungssängste hat, dann ist da plötzlich der Feind sichtbar. Das hat dann einen starken Reizeffekt. Die alarmierte Öffentlichkeit erwartet dann eine Reaktion und Politiker/innen lieben es, schnell zu sein, wenn es darum geht, einer Gefahr zu begegnen.

Solche Ängste werden durch rechtspopulistische Parteien aufgegriffen, geschürt und zum Thema gemacht. Seit der Bundestags-

wahl 2013 wird in Deutschland viel über Rechtspopulismus diskutiert. Die Angst-mache vor Muslimen gibt es aber schon länger.

Die ersten Versuche, das Thema politisch zu besetzen, gab es in Deutschland durch die rechtspopulistischen Parteien ProKöln und ProNRW. Die haben eine Brücke zwischen bürgerlichem und rechtsextremem Lager geschlagen.

Sie sprachen auch bereits die Rolle von Publizist/innen an. Inwiefern haben die den Boden bereitet, auf dem jetzt Rechts-populist/innen agieren?

Jede Bewegung braucht ihre Stichwortgeber/innen. Das gilt auch für die Muslimfeinde. Die prominenteste Stimme ist dabei die des Sozialdemokraten Thilo Sarrazin. Er hat mit seiner sozialdarwinistischen Argumentation eine Stimmung getroffen, die die Bürger/innen hören wollten. Aber bereits vorher positionierten sich diverse Intellektuelle als vermeintliche Islam-Kenner und zeichneten das Feindbild vom Moslem. Der Islamwissenschaftler Hans-Peter Raddatz behauptete zum Bei-

spiel: „Jeder Christ, der Gewalt anwendet, macht sich schuldig. Jeder Muslim, der keine Gewalt anwendet, macht sich schuldig.“ Wer solche Hetztiraden verbreitet, der gehört zu den intellektuellen Urhebern der Muslimfeindschaft.

Das heißt, vor den Rechtspopulist/innen haben bereits andere Akteure, die aus der Mitte der Gesellschaft kommen, an der Entstehung antimuslimischer Ressentiments mitgewirkt?

Ja, wobei ich sagen würde, dass zumindest die etablierten Parteien inzwischen Tritt gefasst haben. Man trägt seine Muslimfeindschaft als Politiker/in nicht mehr so offen vor sich her, wie noch vor einigen Jahren. Da ist verstanden worden, dass man nicht so ohne weiteres eine ganze Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht stellen darf.

Jenseits der etablierten Parteien scheint das Feindbild Moslem allerdings weiterhin beliebt zu sein.

Bemerkenswert sind doch die öffentlichen Reaktionen. In letzter Zeit gab es

drei Anschläge auf Moscheen, ohne dass die Öffentlichkeit davon großartig Notiz genommen hat. Wenn Muslime/a klagen, dass sie allein gelassen wurden, scheint mir das ein Indiz für den Umgang der Mehrheit mit einem Problem.

Sprechen wir noch einmal über die Ursachen antimuslimischer Ressentiments. In Ihrem Buch stellen Sie die These auf, dass uralte Vorurteile, die teilweise aus dem Mittelalter stammen, auch nach Generationen ohne Weiteres wieder aufgewärmt werden können.

Tradition spielt bei Vorurteilen eine riesige Rolle. Es existiert in der Gesellschaft zum Beispiel ein genaues Folklore-Wissen über „den Zigeuner“ als Kinderräuber. Nun beobachtet ein Polizist ein hellblondes Kind in einer Roma-Siedlung in Griechenland. Er fragt sich aus seinem Bauchgefühl heraus: Wie kommt das Kind dahin? Und sein Bauchgefühl sagt ihm: „Zigeuner machen so was“. Weltweit, von der New York Times bis zur Süddeutschen Zeitung machten die Medien daraufhin mit dem Fall „Maria“ Schlagzeilen. Bis sich herausstellte: Das war alles nichts weiter als ein uraltes Vorurteil. Das Beispiel zeigt: Folkloristisches Wissen kann ganz leicht aktiviert werden.

Woran liegt das?

Folkloristisches Wissen wird in erster Linie in Familien weitergegeben. Dadurch entzieht es sich den Institutionen der Aufklärung, wie beispielsweise Schulen.

Gleichzeitig genießt es in diesem Umfeld hohe Glaubwürdigkeit. Wenn Eltern oder Großeltern uns erzählen, „diese Leute da, die sind so und so“, warum sollten sie uns belügen? Wir glauben ihnen. Diesen Nährboden kann man mit immer neuem Gift beträufeln.

Derzeit sehen Sie also eine Konjunktur für Vorurteile gegen Sinti und Roma?

Ja, es gibt Leute, die Feinde brauchen und für die gibt es gerade neue Feinde. Abscheu und Wut konzentrieren sich derzeit auf eine Gruppe: Sinti und Roma. Denken Sie an die ganze Debatte über Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien: „Die sind nicht integrierbar, die sind ungebildet, das sind Sozialschmarotzer, die sind kriminell“ - Die Liste an Abwertungen kennt keine Grenzen. Es gibt derzeit keine nennenswerte Gegenstimme, wenn man sagt: „Die müssen alle raus.“

Die Muslimfeinde sagen, wir müssten die Muslime fürchten, weil sie eine Art Verschwörung gegen uns planen. Bei den Vorurteilen gegen Roma und Sinti gibt es ein solches Verschwörungsszenario nicht. Wie lautet die Angsterzählung, wenn es gegen Roma und Sinti geht?

Die Verschwörungsszenarien sind typisch, wenn man eine Gruppe an Hand ihrer Religionszugehörigkeit abwertet. Die Antisemiten konstruierten ähnliche Verschwörungstheorien gegen Juden. Wir sollen uns fürchten, weil die Anderen ihre Religion mit allen Mitteln verbreiten möchten. Ge-

gen Sinti und Roma heißt die Kausalkette: Armut schlägt direkt in nackte Gewalt um, da braucht man keine Verschwörung mehr, um eine Bedrohung zu konstruieren.

Also gibt es Vorurteile, die man von der einen auf die andere Gruppe übertragen kann und solche, die spezifisch auf eine Gruppe zugeschnitten sind?

Vorurteile sind immer Zuschreibungen der Mehrheit an die Minderheit. Man kann dasselbe Vorurteil der einen Gruppe zuschreiben und der anderen. Andererseits gibt es Stigmata, die fest mit bestimmten Gruppen verbunden sind. Das zeigt sich zum Beispiel am Thema Kriminalität. Albaner/innen wird eine Neigung zu besonders brutalen Gewaltverbrechen nachgesagt, Sinti und Roma wird unterstellt, dass sie genetisch bedingt zum Stehlen neigen. Juden schreibt man auch Kriminalität zu, aber andere Formen, beispielsweise Betrug.

Vorurteile kann man also gegen jede Minderheit entwickeln und wenden?

Ja, ich teile mit meinem Freund und Kollegen, dem israelischen Historiker Yehuda Bauer, die These: Man kann jede Gruppe mit irgendwelchen Mitteln diskreditieren. Egal ob Fahrradfahrer/innen oder Frauen mit grünen Haaren: Stigmatisieren kann man sie alle, wenn man Feinde braucht oder Schuldige.

KAPITEL

Innere Sicherheit

Einführung Rechtspopulistische Sicherheitspolitik

Maßnahmen gegen Unsicherheit sind gefährlich

Interview mit Dr. Joachim Häfele

Essay Fürchtet Euch

RECHTSPOPULISTISCHE SICHERHEITSPOLITIK

MEHR POLIZEI, MEHR VIDEOÜBERWACHUNG, HÄRTERE STRAFEN UND KONSEQUENTES DURCHGREIFEN FÜHRT ZU MEHR SICHERHEITSGEFÜHL DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER – SO IN ETWA LAUTET DIE INNENPOLITISCHE FORMEL RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN.

IM FOLGENDEN THEMENKAPITEL KLÄRT PRO AKTIV GEGEN RECHTS – MOBILE BERATUNG IN BREMEN UND BREMERHAVEN DARÜBER AUF, WELCHE THEORIE DAHINTER STECKT UND WELCHE GEFAHREN DIESE LOGIK BIRGT.

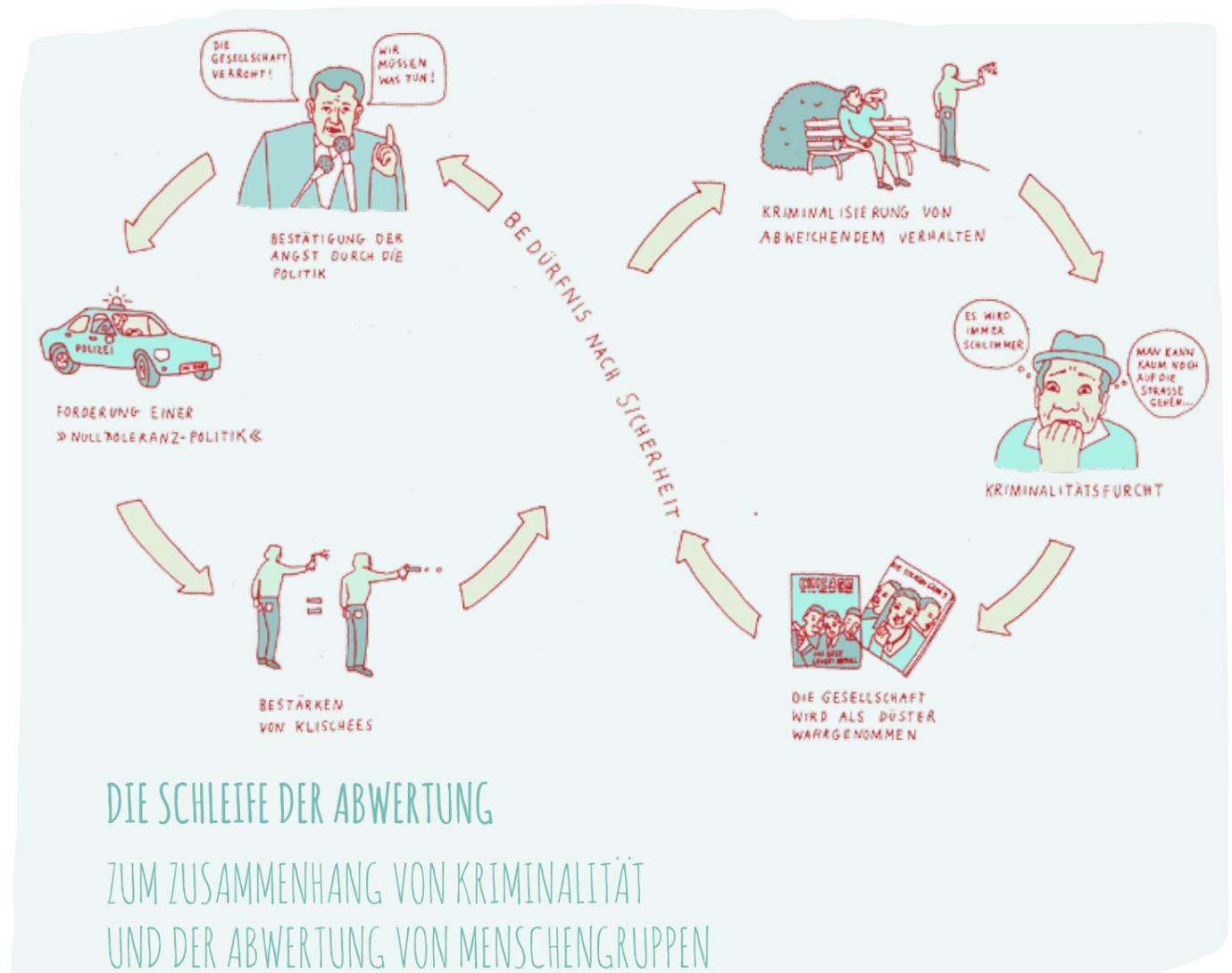
Rechtspopulismus im Themengebiet Innere Sicherheit zu identifizieren, ist schwierig. Häufig findet man bei der politischen Konkurrenz, in Bürgerinitiativen oder in der Diskussion mit Freund/innen der Facebook-Community Sätze und Forderungen, die ganz ähnlich klingen, wie die der Rechtspopulist/innen: „Wir brauchen mehr Polizist/innen die im Stadtteil unterwegs sind“, „Kriminelle Schläger/innen werden doch eh wieder freigesprochen“, „Straftäter/innen werden in Deutschland verhätschelt“, „Da hilft nur noch hartes Durchgreifen“. Hände hoch, wer noch nicht solche Sprüche gesagt oder zumindest gehört hat. Gerade bei der Inneren Sicherheit zeigt sich, wie anschlussfähig rechtspopulistische Positionen sind. Viele Menschen teilen die Thesen rechtspopulistischer Parteien in Sachen Kriminalitätsbekämpfung. Sie scheinen häufig gar nicht mal anstößig. Das liegt einerseits daran, dass fast jeder Mensch, danach gefragt, ob er/sie für mehr Sicherheit ist, zustimmt. Andererseits präsentieren Rechtspopulist/innen in ihren innenpolitischen Programmen keine Neuheiten, sondern ein dreißig Jahre altes Konzept.

Angefangen hat alles mit einer zerbrochene Fensterscheibe in Amerika. Um die kreiste ein Aufsatz von James Q. Wilson und George L. Kelling, veröffentlicht in der Zeitschrift „The Atlantic Monthly“ im Jahr 1982. Die beiden Sozialforscher ver-

traten die Ansicht, dass bereits eine zerbrochene Fensterscheibe der Auslöser für das zukünftige Versinken eines ganzen Stadtteils in die Kriminalität sein könnte. Diese Theorie ist heute unter dem Namen „Broken-Windows-Ansatz“ bekannt. Die Idee dahinter ist, dass das zerbrochene Fenster, wenn es nicht schnell repariert wird, dazu führt, dass auch andere Fensterscheiben in der Nachbarschaft eingeworfen werden. Das wiederum signalisiere Kriminellen, dass in diesem Stadtteil keine soziale Kontrolle stattfindet und lade sie dazu ein, ihre krummen Geschäfte in dieser Ecke durchzuführen. Bis zu offenen Konflikten mit Gewalt und Schusswaffen sei es dann nicht mehr weit. Daraus leiteten die beiden ab, dass auch kleinste Delikte sofort harte Strafen erforderten, um die Verbreitung von Kriminalität bereits im Keim zu ersticken.

Vor allem nach besonders brutalen Gewaltdelikten, die die Öffentlichkeit schockieren, mehren sich in Tageszeitungen, Magazinen und politischen Talkshows Stimmen, die eine Null-Toleranz-Strategie von Polizei und Justiz fordern. Keineswegs sind alle, die den „Broken-Windows-Ansatz“ aufwärmen, Unterstützer/innen rechtspopulistischer Parteien. Aber die Verwechslungsgefahr kommt nicht von ungefähr, denn der Ansatz bildet auch die Grundidee der Sicherheitspolitik von rechtspopulistischen Parteien.

Vor allem der Slogan „Null-Toleranz“ wird von Rechtspopulist/innen in den Vordergrund gerückt. Diese Fokussierung soll den Eindruck erwecken, dass man als einzige Partei der Wahrheit ins Auge blicke und Lösungen anbiete. Tatsächlich bedeutet diese Konzentration auf das Thema Bestrafung ein Verharren bei den Symptomen von Kriminalität. Mit den Ursachen von Kriminalität beschäftigen sich Rechtspopulist/innen kaum. Schuld sind in der Regel die ‚Altparteien und ihre Kuschelpolitik‘. Auch beliebt unter Rechtspopulist/innen ist die Kulturalisierung von Kriminalität: Die Motivation des/der Täters/in wird einzig mit dessen/deren Herkunft begründet. Gleichzeitig wird bestimmten Menschengruppen aufgrund ihrer vermeintlichen Kultur eine höhere Neigung zur Kriminalität attestiert. Daraus leiten Rechtspopulist/innen oft ihre Forderungen nach Abschiebung von Menschen ab oder zetteln Diskussionen darüber an, ob man Menschen bestimmten Glaubens bzw. aus bestimmten Ländern überhaupt erst aufnehmen sollte. Häufig empören sich Menschen, die dieses Gedankengut teilen, auch darüber, dass in seriösen Medienberichten über Straftaten nicht die vollständige Migrationsgeschichte des/der Täters/in niedergeschrieben wird. Diese Verknappung der Ursachen von Kriminalität auf Herkunft und ähnliche Kategorien birgt die Gefahr, rassistische Stereotype zu produzieren. Nicht selten werden solche Thesen in ge-



nau dieser Absicht ausgesprochen. Haben sich solche Stereotype verfestigt, dann säen sie Misstrauen zwischen Menschen und machen eine vorurteilsfreie Kommunikation unmöglich.

Weiterhin betonen Rechtspopulist/innen mit ihren Interpretationen des „Broken-Windows-Ansatzes“ die Bedeutung von Kontrolle in der Bekämpfung von Kriminalität. Gefordert und befördert wird eine Kultur der Rund-um-Kontrolle. Von der Polizei fordert der Bro-

ken-Windows-Ansatz auch die Kontrolle und Beobachtung von Personen, die aufgrund ihres Verhaltens, ihres Aussehens oder ihrer Gruppenzugehörigkeit im Stadtteil unerwünscht sind. Das betrifft neben Menschen, die als fremd wahrgenommen werden, alle Gruppen, die einen vermeintlich schlechten Ruf haben. Punks, Obdachlose, Arbeitslose, Alkohol- und Drogenabhängige werden so aus bestimmten Teilen der Stadt, beispielsweise den Innenstädten, verdrängt. Folgt man dieser Forderung, dann werden Verhal-

tenweisen und ganze Menschengruppen kriminalisiert.

Der Übergang von der Broken-Windows-Theorie zu einer rechtspopulistischen Position ist fließend. Wenn jedoch härtere Strafen und „Null-Toleranz-Politik“ als Allheilmittel gegen jede Form von Kriminalität beschrieben werden oder wenn zugunsten einer „Null-Toleranz-Politik“ grundlegende Prinzipien des Rechtsstaats in Frage gestellt werden, dann liegt der Verdacht des Rechtspopulismus nahe.

„MASSNAHMEN GEGEN UNSICHERHEIT SIND GEFÄHRLICH“

EIN INTERVIEW MIT DR. JOACHIM HÄFELE

Der Hamburger Soziologe und Kriminologe Dr. Joachim Häfele lehrt und forscht an der HafenCity Universität Hamburg. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist städtische (Un-)Sicherheit und Kriminalitätsfurcht.

Pro aktiv gegen rechts sprach mit ihm darüber, wie Angst vor Kriminalität entsteht und wie sie das Leben in den Städten verändert.

Herr Häfele, warum fürchten sich Menschen davor, nachts im Stadtpark überfallen zu werden?

Bei Dunkelheit im Stadtteil berichten Menschen, insbesondere wenn es sich um ältere Frauen handelt, regelmäßig von einem höheren Maß an kriminalitätsbezogener Unsicherheit oder Kriminalitätsfurcht, obwohl die Wahrscheinlichkeit einer Opferwerdung im sozialen Nahraum, also innerhalb der eigenen Wohnung, wesentlich höher ist als bei Dunkelheit draußen auf der Straße oder im Park. Über 90% der Gewaltdelikte (insgesamt machen schwere Gewaltdelikte nur einen Bruchteil der Gesamtkriminalität aus) passieren zuhause und die Täter sind typischerweise Angehörige der Familie. Da sich die politisch mediale Thematisierung von Gewalt jedoch häufig auf Einzelfälle im öffentlichen Raum bezieht, herrscht in der Öffentlichkeit häufig ein verzerrtes Bild von Gewaltkriminalität und ihren Hintergründen.

Ähnlich ist es mit Gewalt an Schulen. Medial sind solche Vorfälle ein Riesenthema mit

hochstilisierten Einzelfällen, dabei sind die Zahlen sowie die Verletzungsgrade seit Jahren rückläufig.

Trotzdem haben viele Menschen Angst davor, Opfer einer Straftat zu werden und rechtspopulistische Parteien ernten für ihre Versprechen, „für Ordnung und Sicherheit zu sorgen“, Applaus. Woher kommt diese Kriminalitätsfurcht?

Kriminalitätsfurcht ist ein komplexes Konstrukt, das man auf mehreren Ebenen untersuchen muss. Dieses Konstrukt wird durch ganz unterschiedliche individuelle und räumliche Faktoren bedingt. Zunächst möchte ich zwei Mythen über Kriminalitätsfurcht entkräften: Die Angst vor Kriminalität hat in den allermeisten Fällen weder etwas mit einer persönlichen Opfererfahrung zu tun, noch spielt das Hellfeld, also die offiziell registrierte Kriminalität, hier eine Rolle. Auf individueller Ebene sind neben Alter und Geschlecht (die Kriminalitätsfurcht ist umso höher, je älter die Person ist und wenn es sich um eine Frau

handelt) vor allem Variablen des lokalen Sozialkapitals relevant, d.h. je höher das Vertrauen zu den Nachbarn ist und je höher die Einschätzung ist, dass Nachbarn etwas unternehmen, wenn Probleme im Stadtteil auftreten, desto niedriger ist die Kriminalitätsfurcht ausgeprägt. Auf Stadtteilebene ist die Kriminalitätsfurcht vor allem abhängig vom Grad der ökonomischen Benachteiligung (also der mittleren Armutsrate) und dem Auftreten von abweichenden Handlungen, die in den meisten Fällen auch sichtbare Erscheinungsformen von Armut und sozialer Benachteiligung darstellen.

Was meinen Sie mit abweichenden Handlungen? Können Sie ein paar Beispiele geben?

Das sind zum Beispiel bettelnde Menschen, Drogenabhängige, Alkoholiker/innen, herumhängende Gruppen von Jugendlichen oder Punks.

Und solche Handlungen haben also keinen Zusammenhang zur Kriminalitätsfurcht?

Doch durchaus, die Wahrnehmung von Abweichung und die Furcht vor Kriminalität hängen eng zusammen. Wer sich unsicher fühlt, reagiert meistens auch sensibler auf Phänomene in seiner Umwelt oder im Stadtteil und nimmt daher auch mehr abweichendes Verhalten wahr bzw. bewertet diese Handlungen problematischer. Das bedeutet aber nicht, dass objektiv tatsächlich mehr abweichendes Verhalten zu beobachten ist.

Woher kommt dieser Effekt?

Ich denke politische mediale Inszenierungen spielen dabei eine zentrale Rolle. Seit sich der Broken-Windows-Ansatz durchgesetzt hat, wird uns abweichendes Verhalten in den Medien als Vorstufe zur Kriminalität präsentiert. Das ist ganz im Sinne dieser Theorie, die ja besagt, dass eine eingeschlagene Fensterscheibe, wenn sie nicht repariert wird, zunächst abweichende Handlungen und in der Folge Kriminalität anzieht.

Schaut man sich die Forderungen rechtspopulistischer Parteien an, erinnert da vieles an den Broken-Windows-Ansatz.

Ja, das stimmt. Ronald Schill hat sehr stark mit dieser Theorie gearbeitet. Aber auch andere Parteien verfolgen mit ihrer Politik diesen Ansatz.

Haben Sie eine Erklärung dafür?

Der Broken-Windows-Ansatz liefert eine einfache und (für viele) plausible Analyse und bietet ein einfaches Rezept zur Prob-

lemlösung an: Man muss nur die kaputte Fensterscheibe schnell wieder reparieren und schon ist die Welt wieder in Ordnung. Das begeistert immer wieder Politiker/innen von links bis rechts.

Wie meinen Sie das?

Die Broken-Windows-Theorie folgt einer neoliberalen Logik. Was sie als abweichendes Verhalten und damit als Auslöser von Kriminalität charakterisiert, sind, wie gesagt, häufig sichtbare Zeichen von Armut. Wenn man diese sichtbaren Zeichen von Armut erfolgreich kriminalisiert, dann führt das zu einer Entsolidarisierung, nach dem Motto: Wenn die Armen kriminell sind, dann haben sie unsere Unterstützung nicht verdient. Im Grunde genommen versteckt sich hinter der Angst vor Kriminalität häufig eine ganz andere Angst, nämlich die vor Armut. Eigentlich hat man keine Angst davor, dass die Obdachlosen einem das Geld wegnehmen. Aber seine Existenz erinnert uns daran, dass wir auch dort sitzen könnten.

Welche Gefahren birgt diese Entwicklung?

Armut wird zunehmend problematisiert bzw. kriminalisiert. Gleichzeitig werden öffentliche oder öffentlich zugängliche Räume so gestaltet, dass ein Aufenthalt für Randständige (Gruppen), die sich dort jenseits des vorgesehenen Konsums von Waren und Dienstleistungen aufhalten könnten, massiv erschwert oder verhindert wird. Man könnte dies auch als Sichtbarkeitsregime bezeichnen: Alles wird sichtbarer gemacht. Was dagegen

nicht mehr sichtbar ist, weil es erfolgreich aus unserem Blickfeld verdrängt wird, das ist auch kein Problem mehr. Erwünschte Verhaltensnormen werden gesponsert und unerwünschte bzw. »konsumfeindliche« Handlungsfelder sanktioniert und diffamiert. Gerade der massenhafte Einsatz privater Sicherheitsdienste, immer häufiger im Rahmen sog. Sicherheitspartnerschaften aus den unterschiedlichsten öffentlichen und privaten Akteuren, ermöglicht eine spezifische Form der »Regierung aus Distanz«, die sich nicht mehr über allgemeine Interessen, sondern lediglich noch über die Durchsetzung von Partikularnormen konstituiert.

Klingt als wären Sie kein Fan von der Idee, im Stadtpark mehr Lampen aufzustellen, damit sich die Bürger/innen dort sicherer fühlen.

Tatsächlich finde ich die vorherrschende Tendenz, verstärkt bauliche oder technische Maßnahmen gegen Unsicherheitsgefühle einzuführen, eher problematisch und wenig hilfreich. Ganz einfach, weil eben die reale Gefahr fehlt und diese Maßnahmen paradoxerweise auch wieder Unsicherheit produzieren können, indem sie den Bürger/innen erst signalisieren, dass hier offenbar Gefahren möglich sind. Das beste Rezept mit Unsicherheit als genuin städtischer Erfahrung umzugehen, ist frühzeitig zu lernen, ein gewisses Maß an Unsicherheit auszuhalten. Denn die Stadt ist schon immer ein Ort der Differenz, der Unterschiede, wo man den Fremden, den Unbekannten, den Anderen begegnet und das verunsichert und erfordert Toleranz. Dieses Ideal geben wir heute zunehmend auf zu Gunsten einer scheinbaren Sicherheit. Wer in einem abgeschotteten und bewachten Wohnkomplex aufwächst, wird kaum diese zentrale urbane Kompetenz erwerben können.

Sie behaupten also, dass Programme gegen Unsicherheitsgefühle nicht zu mehr Sicherheit führen, sondern dazu, dass immer mehr Situationen als unsicher empfunden werden?

Ja, ich glaube Menschen in den Städten lassen sich zunehmend durch Fremdheit und Abweichung verunsichern. Politik und Medien forcieren diese Entwicklung. Auch Rechtspopulist/innen spielen dabei eine Rolle. Die ganze Nulltoleranz-Haltung wird immer mehr zu einer allgemeinen Haltung. Nulltoleranz heißt, dass abweichendes oder problematisches Verhalten in den Städten nicht mehr toleriert und damit häufig auch kriminalisiert wird. Wer dann verspricht, hart durchzugreifen, kann punkten, wie die Wahlergebnisse in Hamburg immer wieder zeigten.

WO RECHTSPOPULIST/INNEN ERFOLGREICH ÄNGSTE GESCHÜRT HABEN, KOMMT MAN MIT ARGUMENTEN, STUDIEN UND STATISTIKEN KAUM WEITER.

WENN RECHTSPOPULIST/INNEN IM NAMEN VON LEUTEN SPRECHEN, DIE ANGST HABEN, STILISIEREN SIE SICH ALS SPRACHROHR UND ERZEUGEN MORALISCHEN DRUCK, IHRE POSITION ZU TEILEN.

GELINGT ES DEN RECHTSPOPULIST/INNEN UNTERSTÜTZER/INNEN IHRER POSITION ZU FINDEN, KÖNNEN SIE DAS GESELLSCHAFTLICHE KLIMA VERÄNDERN, OBWOHL SIE SELBST NUR EINE MINDERHEIT SIND UND KAUM EINFLUSSMÖGLICHKEITEN HABEN.

ÜBER ANGSTERZÄHLUNGEN KÖNNEN RECHTSPOPULIST/INNEN UNAUFFÄLLIG RASSISTISCHE KLISCHEES VERBREITEN.

FÜRCHTET EUCH!

Überall Einbrüche, Gewalt und Kriminalität. Wenn Rechtspopulist/innen über die Gesellschaft sprechen, zeichnen sie oft ein düsteres Bild. Pro aktiv gegen rechts zeigt auf, wie rechtspopulistische Parteien Angstpropaganda verbreiten und damit Ängste für ihre politischen Zwecke instrumentalisieren.

Wien im Jahre 1991: Schwarze Plakate hängen an den Laternenmasten. In großen weißen Lettern steht darauf geschrieben: „Wien darf nicht Chicago werden“. Daneben ein heller Lichtkegel. Im Schlaglicht: Das Logo der FPÖ. Die Freiheitliche Partei Österreichs, so der vollständige Name der rechtspopulistischen Partei, wird diesen Slogan mehrfach wieder auflegen. In aktuelleren Wahlkämpfen wird an Stelle Chicagos eine andere Stadt gerückt, aber dazu später mehr.

Mit diesen fünf Worten gewannen die Rechtspopulist/innen die Stimmen vieler österreichischer Wähler/innen. Entscheidend für den Erfolg der Kampagne war der Subtext, der in den Worten mitschwingt. Er sagt: Fürchtet Euch! Chicago galt damals als Hort der Kriminalität, bestimmt von Straßengangs und Gewalt. Diese Vorstellungen speisten sich mehr aus Hollywood-Produktionen denn aus der Realität der Großstadt, in der wenige Jahre zuvor ein junger Sozialarbeiter Namens Barack Obama wirkte. Der Tauglichkeit als Horrorszzenario tat das keinen Abbruch. Im Gegenteil, zum Wesen von Angstpropaganda gehört, dass sie mit negativen Erwartungen und Vorstellungen spielt und wenig Wert auf überprüfbare Zahlen und Fakten legt. Möglich ist das, weil Angst kein Argument ist, dass einer objektiven Bewertung standhalten soll, sondern ein

persönliches Empfinden. Der Aussage „Die Kriminalität ist gestiegen“ kann man Zahlen entgegenhalten. Dem geäußerten Befinden, „ich habe Angst, nachts alleine auf die Straße zu gehen“, kann man hingegen nicht widersprechen. Der Soziologe Niklas Luhmann brachte das einst auf die Formel „Angstkommunikation widersteht jeder Kritik der reinen Vernunft“.

Rechtspopulist/innen argumentieren nicht gegen die Angst an. Sie suchen keine Argumente, um zu belegen, dass der Elefant im Dämmerlicht in Wahrheit eine Mücke ist. Sie geben vor, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen und drucken sie auf Plakate. Sie inszenieren sich als Partei der Kümmerer in einer politischen Landschaft, die ansonsten Probleme lieber verschweige. Dadurch stilisieren sie sich als Verteidiger der Verängstigten. Ein

Rezept, das Erfolg verspricht, glaubt man der Analyse Luhmanns: „Wer Angst hat, ist moralisch im Recht, besonders wenn er für andere Angst hat [...]“. Sie macht es zur Pflicht, sich Sorgen zu machen, und zum Recht, Anteilnahme an Befürchtungen zu erwarten und Maßnahmen zur Abwendung der Gefahren zu fordern“.

Rechtspopulistische Parteien erzeugen so Druck, sich mit ihren Forderungen gemein zu machen. Wer Anteilnahme signalisieren will, muss nun ebenfalls Maßnahmen entwickeln, damit aus Wien nicht Chicago, aus Berlin nicht Athen, aus Bremen-Nord nicht Duisburg wird. So gelingt es selbst kleinen rechtspopulistischen Parteien, ihre Inhalte und Forderungen in die Mehrheit zu tragen. Außerdem erwecken die Gegenmaßnahmen den Eindruck, die Ängste seien realistisch gewesen. Das



Phantasie-Chicago vom Plakat wird bestätigt, weil Maßnahmen verhindern sollen, dass es in Wien Realität wird. „Paradox“, fand Luhmann das: „Wenn man der Angst abzuwehren versucht, nimmt sie zu“.

Das Zerrbild Chicagos verlor im Laufe der Zeit seinen Schrecken. Die Parteistrateg/innen der FPÖ tauschten es kurzerhand aus. Aus Wien durfte fortan nicht Istanbul werden. Auch deshalb lieben Rechtspopulist/innen das Spiel mit der Angst: Hinter der Angstpropaganda lässt sich Rassismus gut verstecken. Das war schon beim Chicago-Bild der Fall. Chicago stand auch sinnbildlich für eine multikulturelle Gesellschaft mit vielfältigen Minderheiten. Im Falle Istanbuls ist noch deutlicher, vor wem man da Angst kriegen soll.

Tipps für die Argumentation:

Überlassen Sie Rechtspopulist/innen nicht das Gesprächsklima. Wenn ihr Gegenüber Ihnen zu unsachlich und emotional wird, lassen Sie sich nicht auf diese Gesprächsebene ein.

Angstkommunikation wird häufig aufgebaut und vermeintlich belegt, indem Einzelfälle thematisiert werden. Lassen Sie sich nicht zu Äußerungen über Vorfälle hinreißen, die Sie nicht selbst bezeugen können. Machen Sie an dieser Stelle transparent, dass es nicht ihre Art ist, Gerüchte zu kommentieren und zu verbreiten. Wenn ein/e Rechtspopulist/in im Namen von Menschen spricht, die angeblich Angst haben, fragen Sie, woher er/sie weiß, dass diese Ängste bestehen. Fragen Sie auch, ob er/sie denkt, dass all diejenigen, in deren Namen er/sie gerade spricht, tatsächlich seine/ihre Position und Forderung unterstützen.

Wenn Sie bemerken, dass mit einer Angsterzählung rassistische Klischees verbreitet werden, sprechen Sie das an.

Überzeugte Rechtspopulist/innen (insbesondere Parteifunktionär/innen) werden sich für Ihre Argumente kaum öffnen. Sie nutzen Diskussionen gerne aus, um Umstehende und Zuhörer/innen zu überzeugen. Deshalb sollte man die Auseinandersetzung nur dann suchen, wenn man sich mit dem jeweiligen Thema wirklich sicher fühlt.

KAPITEL

Abwertung von Arbeitslosen

Einführung Wie Rechtspopulist/innen über Arbeitslose sprechen

Stichwort Vernunft

STICHWORT VERNUNFT



Sie bezeichnen sich als „Partei der Vernunft“ und versprechen Politik nach dem Prinzip des „gesunden Menschenverstands“ und brüsten sich mit ihrer „Mut zur Wahrheit“. Vernunft, Menschenverstand, Wahrheit – starke Wörter und doch nur hohle Begriffe. So wenig wie es die eine Wahrheit gibt, so unterschiedlich bewerten Menschen, was gerade vernünftig ist und was nicht. In der politischen Kommunikation schlagen die Wörter gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: Erstens diskreditieren sie die Vorschläge anderer als unvernünftig, ungesund oder verlogen. Zweitens verschleiern sie, dass hinter den eigenen Vorschlägen, genau wie bei allen anderen auch, Meinungen, Ideologien und Kompromisse stecken. Deshalb sind diese Begriffe gerade bei Rechtspopulist/innen so beliebt. Wenn mal wieder nach der eigenen politischen Verortung gefragt wird, kann man sich wunderbar hinter ihnen verstecken. Etwas vermutlich nicht ganz unvernünftiges zum Thema schrieb James Madison 1787 in die Federalist Papers: „Solange der menschliche Verstand fehlbar bleibt und der Mensch die Freiheit hat, ihn zu gebrauchen, solange wird es auch unterschiedliche Meinungen geben“.

WIE RECHTSPOPULIST/INNEN ÜBER ARBEITSLOSE SPRECHEN

HÄUFIG FINDEN SICH IN DEN MEDIEN PAUSCHALISIERENDE ZUSCHREIBUNGEN ÜBER ARBEITSLOSE. IN DIESEM KAPITEL ERKLÄREN WIR, WAS HINTER DER ABWERTUNG VON ARBEITSLOSEN STECKT UND WARUM GERADE RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN AN SOLCHE DISKURSE ANKNÜPFEN.

Ein Beitrag von Sebastian Friedrich

Trotz einiger inhaltlicher Unterschiede innerhalb rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in Europa gibt es eine ausschlaggebende Gemeinsamkeit: Die Forschung zu Rechtspopulismus betont die übergreifende ideologische Verbindung zum Neoliberalismus (Becher 2013: 20f.). Am augenfälligsten tritt diese Verschränkung bei der Abwertung von Arbeitslosen bzw. Sozialleistungsbezieher/innen in Erscheinung, die seit Aufkommen des Rechtspopulismus zu dessen grundlegenden programmatischen Elementen zählt.

Die symbolische Abwertung basiert auf den immer gleichen Zuschreibungen, die bedient werden: Arbeitslose säßen den ganzen Tag vor dem Fernseher, konsumierten dabei literweise Bier und kiloweise Chips, trügen selten mehr als Unterhose und Unterhemd und vernachlässigten ihre Kinder. Das alles könnten sie, so das Klischee, weil der Sozialstaat sie dazu einlade, es sich in der »sozialen Hängematte« gemütlich zu machen.

Dieses Stereotyp vereinheitlicht Arbeitslose und stellt sie unter Generalverdacht, im moralischen Sinne zu Unrecht Solidarität

in Form von Geld- und Sachleistungen vom Sozialstaat zu erhalten. Um sich dem Verdacht zu entziehen, müssen sich Arbeitslose als besonders fleißig und erwerbsarbeitsorientiert präsentieren – und sich ihrerseits von den vermeintlich »unwürdigen Arbeitslosen« abgrenzen. Auch medial wird selbst in Beiträgen, die sich kritisch mit dem Stereotyp auseinandersetzen, zumeist darauf verwiesen, dass die meisten Arbeitslosen gerne arbeiten würden. Diese Argumentation impliziert die Annahme, dass es dennoch eine kleine Gruppe von Menschen gebe, auf die die Vorwürfe zuträfen. Der Verweis auf die tatsächlich »faulen Arbeitslosen« hält die Einordnung in würdige und unwürdige Arme aufrecht und teilt damit im Kern die Prämisse, Solidarität in Form von Sozialleistungen müsse an Bedingungen geknüpft sein.

Durch den Fokus auf das unmoralische Verhalten von Sozialleistungsbezieher/innen wird einem neoliberalen Umbau des Sozialstaats das Wort geredet, der staatliche Transferleistungen mit der Verpflichtung zu Beschäftigungen koppelt. Die Abkehr vom Prinzip des klassischen Wohlfahrtsstaatsprinzips wird durch die Behauptung gestärkt, Transferleistungen lösten keine sozialen Probleme, sondern würden diese stützen oder hervorbringen.

Außerdem vertauscht das Arbeitslosen-Stereotyp der Rechtspopulist/innen Ursache und Wirkung. Es gibt Menschen, die sich in schwierigen Situationen befinden und etwa mit Alkoholsucht zu kämpfen haben oder dauerhaft resigniert sind. Solche Lebenslagen sind jedoch eher Symptom statt Ursache von Arbeitslosigkeit. Vielmehr kann in einer Gesellschaft wie der hiesigen, in der Anerkennung und Identität im Wesentlichen mit der Erwerbsarbeit einhergehen, Arbeitslosigkeit Menschen dauerhaft deprimieren, wie bereits Anfang der 1930er Jahre die Studie zu den Arbeitslosen in Marienthal befand (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1933).

Durch das Arbeitslosen-Stereotyp werden politische Entscheidungen und ökonomische Entwicklungen, die ursächlich für Massenarbeitslosigkeit sind, zugunsten einer individualisierenden Problemdiagnose ausgeblendet. Statt strukturelle Gründe zu benennen, werden Arbeitslose selbst zum Problem erklärt, die sich lediglich anstrengen müssten, um nicht mehr arbeitslos zu sein.

Rechtspopulist/innen können mit der Abwertung von Arbeitslosen und Sozialleistungsbezieher/innen an weit verbreitete Einstellungen anknüpfen. So ist in den vergangenen Jahren ein Erstarken des Wohlstandschauvinismus zu verzeichnen,

bei dem die Identifikation mit der Nation als Wirtschaftsstandort mit einer Abwertung derjenigen einhergeht, die als Gefahr für den Standort identifiziert werden. Als den Standort bedrohende Gruppen werden neben angeblich »Arbeitsunwilligen« häufig Migrant/innen ausgemacht, die die man mit der Etikettierung »Armutszuwanderer« zu diskriminieren versucht. Für standortnationalistische und wohlstandschauvinistische Ideologien sind entgegen verbreiteter Meinung keineswegs diejenigen am ehesten anfällig, die akut von sozialem Abstieg bedroht oder bereits betroffen sind. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Vor einigen Jahren diagnostizierten Bielefelder Soziolog/innen um Wilhelm Heitmeyer in der neunten Ausgabe ihrer Langzeitstudie »Deutsche Zustände« eine Vereisung des sozialen Klimas und stellten fest, dass abwertende Einstellungen von für die »Volkswirtschaft« als nutzlos etikettierten vor allem bei höheren Einkommensgruppen anzutreffen seien.

Diese Ergebnisse führten die Wissenschaftler/innen unter anderem auf eine jahrelang medial geführte Debatte zurück, bei der sich neben aktiven Politiker/innen etablierter Parteien auch anerkannte Philosoph/innen und Sozialwissenschaftler/innen beteiligt haben, die allesamt nicht explizit dem Rechtspopulismus zugerechnet werden.

Bei der Abwertung von Sozialleistungsbezieher/innen und Arbeitslosen handelt es sich also um eine Debatte der »Mitte der Gesellschaft«. Rechtspopulist/innen können an diesen Diskurs anschließen und ihn von rechts zuspitzen.

Literatur
Becher, Phillip 2013: Rechtspopulismus. Köln: Papyrossa.
Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) 2010: Deutsche Zustände. Folge 9. Berlin: Suhrkamp.
Jahoda, Marie / Lazarsfeld, Paul F. / Zeisel, Hans 1933: Die Arbeitslosen von Marienthal. Eine soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Leipzig: Hirzel.

HABEN SIE FRAGEN DAZU? BRAUCHEN SIE UNTERSTÜTZUNG? PRO AKTIV GEGEN RECHTS – MOBILE BERATUNG IN BREMEN UND BREMERHAVEN BERÄT SIE GERNE!

Wollen Sie sich stark machen für die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus? Brauchen Sie Unterstützung bei der Positionierung ihrer Einrichtung oder ihrer Organisation?

Wenn Sie darüber hinaus direkt oder indirekt von Rassismus oder Rechtsextremismus betroffen sind, dann melden Sie sich bei der Beratungsstelle von pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven in Trägerschaft des Vereins zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V. (VAJA). Wir können gerne bereits telefonisch mit ersten Auskünften weiterhelfen oder Sie vereinbaren einen persönlichen Termin mit uns und wir besprechen gemeinsam die Ausgangslage ihres Anliegens und ihrer persönlichen Ziele. Unsere Beratung ist freiwillig, kostenfrei, vertraulich und auf Wunsch auch anonym.

Kontakt:
Pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven
Contrescarpe 72
(Postadresse: Bahnhoisplatz 29)
28195 Bremen

Tel.: 0421/ 361 - 59 311 / -15 672
Fax: 0421/ 496 59 311
eMail: pro-aktiv-gegen-rechts@soziales.bremen.de

Impressum

Herausgeberin und V.i.S.d.P.:
Pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven

Redaktion: Fabian Jellonek, Isabell Stewen, Kristina Weitz
Autor/innen: Kathrin Schug, Pit Reinesch, Jan Schwalbach, Sebastian Friedrich
Gestaltung: www.ire-bremen.de
Illustrationen: Ann-Kathrin Radtke
Bildnachweise: Seite 11, 27, 33, 39: c: privat
Seite 14, 20, 24, 30, 44: c: shutterstock
Seite 41: c: VGA/Plakatsammlung Kunisch, Wien

Copyright: pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven
Bremen 2014
Landeskoordinierungsstelle „pro aktiv gegen rechts - Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven“
Contrescarpe 72, 28195 Bremen
Tel.: + 49 421 361 59 311
www.pro-aktiv-gegen-rechts.bremen.de

Nachdruck, auch in Teilen, nur nach schriftlicher Genehmigung durch die Landeskoordinierungsstelle pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven.

VERSTÖRENDE,
PROVOKATIV,
ENTLARVEND.

EUROPA BLINKT RECHTS!

NATIONALE POPULIST/INNEN AUF DER ÜBERHOLSPUR

EINE KULTURELLE AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM EUROPÄISCHEN RECHTSPOPULISMUS

Was sagen eigentlich die, die so oft sagen, dass sie nichts mehr sagen dürften? Die Bremer Schauspieler Helge Tramsen und Caspar Kaeser interpretieren Originaltexte und Reden von Europas Rechtspopulist/innen. Verstörend, provokativ, und entlarvend. Tramsen und Kaeser galoppieren quer über den rechten Rand Europas und machen deutlich: Nichts an diesem erfolgreichen Phänomen des Rechtspopulismus ist harmlos.

Die Lesung kann über die Beratungsstelle pro aktiv gegen rechts - Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven gebucht werden.

Weitere Infomaterialien von
pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven

Broschüre

Aufdecken!
Rechtsextreme Gefährdung am Arbeitsplatz
Bremen, 2013
DIN A4 24 Seiten

Handreichung

Hand reichen. Willkommenskultur leben.
Solidarität mit Flüchtlingen im Land Bremen
Bremen, 2014
DIN A6 8 Seiten/ DIN A3 1 Plakat



Was sagen eigentlich die, die so oft sagen, dass sie nichts mehr sagen dürften? Noch wichtiger, was meinen sie damit? Diese Broschüre blickt hinter die Fassade rechtspopulistischer Parteien und entlarvt ihre Strategien und Argumentationsmuster. Analysiert wird anhand der Themenfelder **Anti-Establishment, Gleichstellungs- & Familienpolitik, Migrations- & Asylpolitik, Feindbilder & Vorurteile, Innere Sicherheit, Abwertung von Arbeitslosen**, wie sich Rechtspopulist/innen positionieren und welche Absichten sie verfolgen. Die Broschüre möchte ihre Leser/innen damit bei der eigenen Positionierung und Auseinandersetzung gegen rechtspopulistische Aussagen unterstützen.

Herausgeber und inhaltlich verantwortlich:

pro aktiv gegen rechts

Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven

Tel.: 0421 / 361 59 311

Fax: 0421 / 496 59 311

eMail: pro-aktiv-gegen-rechts@soziales.bremen.de

www.pro-aktiv-gegen-rechts.bremen.de



Die Senatorin für Soziales,
Kinder, Jugend und Frauen



Freie
Hansestadt
Bremen

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

